

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Sozialdemokratischer Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Ernst Wittmaack. Magdeburg. Verantwortlich für Druckerei: August Faber, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Bannbach u. Co., Magdeburg. Geschäftsführer: Dr. Ludwig, 3, Bernpr. 1887. Redaktion und Druckerei: Dr. Münzler, 3, Bernpr. für Nebstaat 1794, für Druckerei 961.

Bräunertands zahlbarer Abonnementssatz: Vierteljahr (inl. Bringerloch) 2 M., monatlich 80 Pf. Bei Brüderlichkeit in Deutschland monatl. 1 Kremp. 1.70 M., 2 Kremp. 2.90 M. In der Exposition und den Ausgaben ist vierfachjährl. 2 M. monatl. 70 Pf. Bei den Postkarten 2.25 erl. Beihälften. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. Insertionsgebühr: die jeweilsgepaarte Zeitung 15 Pf., auswärtig 25 Pf., im Ausland 50 Pf. Voraussetzung ist Seite 422.

Nr. 93.

Magdeburg, Donnerstag den 22. April 1909.

20. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten

Arbeitersekretariat und Gewerkschaften Magdeburgs im Jahre 1908.

(Schluß).

Den Bericht des Gewerkschaftskartells erstattet der Sekretär Genosse Werndle. Unter Hinweis auf die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen wird bemerkt, daß dadurch die Anforderungen an die Kassen der Gewerkschaften ins Umgemessene gesteigert wurden. Alle Mittel, welche sonst zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gewerkschaftsmitglieder angewendet wurden, mußten im Jahre 1908 zur Linderung der Not, zur Abwehr der Unterdrückung aufgewendet werden. Im einzelnen wird dann der verschiedenen Veranstaltungen des Gewerkschaftskartells Erwähnung getan, worauf die Entwicklung der Magdeburger Gewerkschaften im besonderen behandelt wird. Wirtschaftliche Krisen bringen die Entwicklung der Gewerkschaften zum Stillstand. War im Jahre 1907 noch eine Zunahme von 185 Mitgliedern zu verzeichnen, so ist der Mitgliederbestand im Jahre 1908 auf 23 287 zurückgegangen. Dieser Verlust von 609 Mitgliedern betrifft vornehmlich die Organisationen der Bauberufe und Metallarbeiter. 20 Gewerkschaften steigerten ihren Mitgliederbestand trotz der Krise um 454 Mitglieder, während 26 Gewerkschaften einen Rückgang von 1063 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Dagegen ist trotz des Mitgliederverlustes und des Rückgangs von 25 025 Arbeitnehmerinnen und Arbeitern im Jahre 1908 ein Anstieg der Gewerkschaften zu verzeichnen.

1906 bei 25 741 Mitgliedern	1907	1908
oder auf jedes Mitglied	33,22	"
1907 bei 28 896 Mitgliedern	886 493,09	"
oder auf jedes Mitglied	37,93	"
1908 bei 23 287 Mitgliedern	891 433,38	"
oder auf jedes Mitglied	38,28	"

Die Einwirkung der Krise auf die Kassenverhältnisse der Gewerkschaften geht deutlich aus folgenden Zahlen hervor:

1906	1907	1908
Streik-Unterst. 178 601,46 M	101 817,63 M	47 562,33 M
Arbeitsl.- "	46 474,07 "	82 803,10 "
Kranken- "	65 109,43 "	124 344,63 "
Reise- "	14 685,37 "	16 974,68 "
Sonstige " 36 102,09 "	44 036,96 "	66 567,80 "
Summa 340 972,42 M	369 477,00 M	496 072,66 M

Einzelberichte über die im Jahre 1908 von den Gewerkschaften geführten Kämpfe werden nicht gegeben. Das Jahr 1908, ein Jahr ausgesprochen wirtschaftlichen Niedergangs, war nicht geeignet, wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Die Gewerkschaften befanden sich in der Abwehr, es galt, den erreichten Stand der Entwicklung zu behaupten, und das ist glänzend gelungen. Was bedeutet ein Verlust von 609 Mitgliedern? Die an diesem Verlust beteiligten Gewerkschaften werden denselben bei aufsteigender Konjunktur sofort wieder wettmachen!

In einem besondern Kapitel wird das Thema Arbeitslosigkeit behandelt. Es wird ausführlich über die Arbeitslosenzählungen, über die Anträge des Kartells an die städtischen Körperschaften zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit, über die Behandlung dieser Anträge im Stadtparlament usw. berichtet. Wir können es uns versagen, darauf näher einzugehen, da wir von allen diesen Dingen in jedem Fall ausführlich Notiz genommen haben. Zu bedauern ist, daß das offizielle Ergebnis der unter finanzieller Beihilfe der Stadt am 29. November vorigen Jahres vorgenommenen Arbeitslosenzählung noch keine Berücksichtigung gefunden hat.

Der Bildungsauflauf konstatiert in seinem Bericht, daß die Veranstaltungen im Winterhalbjahr 1908/09 keinen sehr großen Besuch fanden. Die Zahl der Besucher blieb gegen das Vorjahr beträchtlich zurück, trotzdem ausgewählte gute Vorträge und Konzerte geboten wurden. Die Wirkungen der wirtschaftlichen Krise, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung machten sich bei allen Veranstaltungen des Ausschusses bemerkbar. In Abetracht der wirtschaftlichen Krise kann man mit dem Besuch der einzelnen Veranstaltungen trotzdem zufrieden sein. Jedenfalls aber kann man mit der Wirkung des Gebotens auf die Hörer und Teilnehmer durchaus zufrieden sein, wenn sie sich doch bei den einzelnen Lehr- und Vortragsturnen eine derartige Aufmerksamkeit, wie sie nur von einer wachsenden Arbeiterschaft erwartet werden kann.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer halten, wie aus ihrem Bericht hervorgeht, regelmäßig allmonatlich Sitzungen ab, in denen zu Beginn ein Referat über die einschlägigen Abschnitte der Gewerbeordnung und anderer Gesetze gehalten wird. Hieran schließt sich eine Befreiung von Urteilen aus der Praxis der Gewerbegerichte. Der ständige Ausschuß der Gewerbegerichtsbeisitzer wurde erstmals nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt und ist durch fünf Beisitzer unserer Liste und einem Beisitzer der Minderheit besetzt, wofür jedoch bei den Arbeitgebern ein Beisitzer unserer Liste im Ausschuß sitzt. Der Ausschuß wurde mehrmals vom Magistrat zur Abgabe von Gutachten aufgefordert, die auch, wie des näheren ausgeführt wird, Berücksichtigung fanden. Den Gewerbegerichtsbezirk auf die Umgegend auszudehnen, gelang nicht, weil die in Frage kommenden Gemeinden die Kosten meist nicht tragen wollen. In die Kommission für den städtischen Arbeitsnachweis wählen die Arbeiterbeisitzer ebenfalls drei Mitglieder. Diese versuchten auf Grund der vielen Klagen über zutage getretene Mißstände Schritte zur Reform des Nachweises zu unternehmen. Es scheint jedoch beim Magistrat für den Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises nicht allzuviel Sympathie vorhanden zu sein.

Der Bericht der Bauarbeiterkommission hebt eingangs hervor, daß die Kommission nur ungenügend Mitteilung über die Mißstände erhält, unter denen immer noch viele Bauarbeiter zu leiden haben. Besonders werden für die Dachdecker und Klempner die Forderungen nach Schutzgerüsten immer noch nicht erfüllt. In den letzten Jahren haben drei Dachdecker ihren Tod durch

und Krägen Abb ul Hamids zu würfeln. Denn es ist nicht von vornherein gewiß, daß die Enthronung des Feuer des reaktionären Widerstandes lebhafte entfachen würde. Die Türkei hat früher viele Enthronungen gesehen und dann Herrschern, die der Gewalt das Zepter verdankten, schnell gehuldigt. Auch Abb ul Hamid gürte das Schwert Osmans um die Lenden, dieweil sein Bruder Murad 5., der Padischah und Kalif der 98 Tage, ins Gefängnis seines ehemaligen Palastes wandern mußte. Wie er gekommen, so kann er auch abtreten. Wenn aber etwas gewiß ist, so die mangelnde Fähigkeit und die mangelnde Lust der Konstantinopeler Besatzung, den Sieg der Konterrevolution im Kampfe mit den jungtürkischen Truppen zu besiegen. Sie dürfen sonst nicht warten, bis daß der Gegner allmählich zur Übermacht anwächst, sie würden ihn sonst in die leicht zu verteidigende Stellung von Echatalibcha nicht haben kampflos einrücken lassen. Das 1. Armeekorps hat dem Sultan einen Triumph von vier Tagen verschafft, aber dieses Armeekorps besteht als streitbare Macht nicht mehr. Ohne Führer und ohne Bucht, nimmt es untätig die Ereignisse hin.

Das klingt an sich sonderbar. Noch unverständlich aber ist, was sich derweil in Konstantinopel auf parlamentarischem Boden abgespielt hat. Kann es mehr als Komödie sein, wenn der neue Großwesir sein Regierungsprogramm der Kammer vorliest, da doch seine Entfernung durch die Jungtürken so gut wie gewiß ist? Und daß die Kammer für Sonnabend die Debatte über diese Erklärung anberaumt, als ob sie sicher wäre, daß sie an jenem Tage jilt nichts Wichtigeres zu tun bekommen wird? Es sind offenbar ein außerliche Voraussetzung bestimmt, die Zeit abzuwarten.

den guten aufzuwarten.

Adrianopel hierfür keinerlei Gewahr.

Hinter all diesen Fragen steht die höchste und entscheidende Frage: in welcher Form und unter welchen Bedingungen die jungtürkische Armee ihren Einmarsch in Anatolien und ob er einen friedlichen Verlauf nehmen wird. Es geht nicht nur das dramatische Interesse, das hier angedeutet zuwendet, sondern in der Art, wie die Jungtürken sich wieder in den Besitz der Macht setzen werden, ebenso das beschlossen, was sie werden tun wollen und können.

Und dann wird es sich entscheiden, ob es nur um den Verstand oder darüber hinaus um den Stoff des Gottesdienstes gehen wird. Die Jungtürken sind durch den 13. Korpus gewarnt worden. Sie werden die Lehre nicht verstehen dürfen, wenn sie ihre Kulturarbeit einigermaßen ausüben wollen.

Vor dem Ende.

So oder so, es steht schlecht um den Padischah. Es oder so, er hat ausgespielt. Es ist daher für alle seine Freunde höchste Zeit, von ihm Abstand zu nehmen. Später in wenigen Stunden kann er sich vielleicht schon mit einem Wege befinden, auf dem ihm selbst die Kreuzen unter seinen gekrönten und ungekrönten Bundesgenossen nicht folgen möchten.

Wilhelm 2. hat in einer seiner berühmten Unterredungen mit französischen Freunden gefragt: „Seine Majestät nicht mehr so zu wie bei Euch anno 1789. Heute nicht mehr gemütlicher. Da nimmt man ein feines Briefpapier und schreibt: Majestät, wir bitten Sie respektvoll verduften. Sei Gez.: Das Volk. Und das genügt vollständig.“

Als der deutsche Kaiser so sprach, handelte es sich um die Abdication des Schwedenkönigs in Norwegen. Ob es mit Abb ul Hamid ebenso gemütlich abgeht, ist fraglich.

Der Sultan Abb ul Hamid verdient kein Mitleid. Man kann ihm menschlicherweise das mildeste Schicksal gönnen, aber man kann gerechterweise nicht bestreiten, daß er jede Strafe, von der er erreicht werden kann, mindestens tausendfach verdient hat. Er wird nicht leicht sterben, als er Laufende seiner unglimpflichen Taten beobachten sieht. Mit der Lösung des Sommeraufstands und der Jungtürken niederverlegt zu kommen und mit dem Ende der Wiederregierung gegen einen derartigen Kontrahenten gesetzliche Rache treiben zu müssen, das kann kein Mensch tun. Und die Jungtürken müssen sich auf eine solche Rache vorbereiten, wie man andere auf eine solche Rache vorbereitet. Sie müssen sich auf eine solche Rache vorbereiten, wie man andere auf eine solche Rache vorbereitet. Sie müssen sich auf eine solche Rache vorbereiten, wie man andere auf eine solche Rache vorbereitet.

Um den Kopf des Sultans.

Der um seinen Verstand. Wie man will. Im Grunde ist beides dasselbe. Abb ul Hamid soll für irrsinnig erklärt werden, denn nur auf diese Weise ließe sich nach dem Scheitern des Gesetzes durch den Scheich ul Islam, den obersten Koranausleger, die Enthronung aussprechen. Ebenso sicher wird der Thronwechsel, wenn der Sultan nicht nur den Verstand, sondern auch den Kopf verliert, wobei der Zufall ja entscheidend zur Hilfe kommen könnte. So etwas ist in der Türkei und anderswo ja schon öfter vorgekommen.

Es taucht unter den letzten Depeschen noch eine dritte Version auf: der Sultan soll als Gefangener der Jungtürken ein Schattendasein führen, bis er ohne fremde Hilfe die Augen schließt. Es bleibt unentschieden, ob nicht allein die angestammte deutsche Churfürst vor jedem Kronenträger die letzte Möglichkeit aus dem blanken Nichts gezauert hat. Wenn der Angabe aber etwas tatsächlich zugrunde liegen sollte, so kann es nur die Sorge der Jungtürken um die Sicherheit ihres Reiches sein. Denn die Truppen, die aus Adrianopel und Monastir abziehen, um in Konstantinopel für die Verfassung die Bereitschaft ihrer Waffen wirken zu lassen, schwächen die Wehr des Staates an dessen gefährlichsten Grenzen. Man weiß im Hauptquartier der Jungtürken gar wohl, daß die Bulgaren nur auf den Augenblick lauern, wo sie am sichersten und ungefährdetsten ihren Anteil an Mazedonien an sich reißen könnten. Und da möglicherweise bei den Häuptern des Komitees der Wohlstand, den blutigen Bürgerkrieg zu vermeiden, jeden anderen überzeugen. Und sie können voraussehen, wie wir das offiziell angekündigt haben, daß der Bürgerkrieg nun Sicherheit bringt, wenn sie Abb ul Hamid das Gesetz lösen und wenn sie damit beginnen, um die legale Rechte der Wohlstand zu erhalten.

Sie können die Jungtürken respektieren, aber nicht zu dulden.

en Augen des „weinenden Sultans“ in angeblich mißverstandenen Ausführung eines von ihm gegebenen Befehls von meutenden Soldaten ermordet wurde. Kein Mensch, der Abd ul Hamid aus den Charakteristiken kennt, die unbewußte Beurteilung von ihm gegeben haben, glaubt an den endenden Sultan. Denn Abd ul Hamid ist seit Jahrzehnten tot, Menschen sterben zu leben.

Dass die maßgebenden Kreise Deutschlands sich nicht enten, die Freundschaft dieses Mannes zu suchen, könnte nur als ein Opfer aufgefaßt werden, das sie dem verstaatlichen Interesse Deutschlands bringen zu müssen gesucht hatten. Wenn das Kompliment, das sie später den Jungtürken machen müßten, infolgedessen etwas linkisch fiel, so mußte solche unfreimäßige Komik als der Not Augenblick entsprungen, eben mitgenommen werden, oder daß unsre Konstantinopeler Offiziösen noch vor zwei Tagen glaubten, dem Jungtürkentum den Erfolgstritt vergeben und den wieder aufgehenden Stern des Abd ul Hamid freien zu müssen, war eine Tat, durch die sie sich um das Aterland nicht gerade verdient machten. Noch am Sonntag schrieb der Herausgeber des deutsch-offiziösen „Osmannischen Lloyd“, Herr Dr. Grunwald, in der „Potsdamer Zeitung“: Der jungtürkische Bluff ist zu Ende. Er hat für einen leichten ungewöhnlich lange gedauert und war als Leistung diesem Sinne recht ansehnlich. Die Geschichte wird ihm vielleicht nicht so gerecht werden, wie es den Jungtürken genehm wäre... Die Jungtürken hatten alles, was im Regieren gehört, als sie zur Macht kamen, nur eins fehlt, die Hauptfahne: keine Männer!

Wie ganz anders Abd ul Hamid, der Mann! Der journalistische Vertrauensmann der deutschen Botschaft wird im Seher, indem er sich seiner erinnert: „Der Tag scheint erst fern, da die einzige Autorität im Volke, die es ist, wieder zurück kommt. Die Frage, dies mit oder ohne Parlament geschieht, ist von übergeordneter Wichtigkeit.“

Man bemerkt in Berlin, daß es wieder einmal anders kommt als man dachte. Nichts mehr von Abd ul Hamid! Es geht bei gedämpftster Trommel Klang! —

Politische Übersicht.

Magdeburg, den 21. April 1909.

Die „Kundgebung“ beim Reichskanzler.

In Anwesenheit der Staatssekretäre Bethmann-Hollweg, Boden und einer Anzahl Bundesratsbevollmächtigter empfing der Reichskanzler am Dienstagabend die angekündigten und bestellten Deputationen, die ihm „aus allen Teilen des Reiches“ Zustimmung zu den Steuerforderungen ausdrücken wollten. Die erste Ansprache an den Kanzler hielt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Delegation, Unterstaatssekretär

Sachsen, Dr. Stüben (Sachsenberg), Neumann (Baden), Anspach (Thüringen) und Birth vom Bunde der industriellen.

Der Reichskanzler hielt eine längere, aber herzliche in Höhe Rede, in der er erklärte, die Regierung beharrte darauf, daß die Reform durch Steuern bewirkt werde, von woher die Finanzhöhe der Einzelstaaten nicht berührt wird. Die Mittel müssen aufgebracht werden durch Besteuerung der Getränke und der Tabakfabrikate; ferner durch die Steuer vom Vermögen, die am besten beim Erbfall gehoben wird. Nur dadurch sei es möglich, daß Deutschland sich auf eine gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen. Er sei überzeugt, daß die Wehrkraft des Reichstags so viel Einsicht und Vaterlandsliebe habe, daß sie die geistige Aufgabe in der angekündigten Weise lösen werde.

Die bülowsche Befreiung hatte schon vor Wochen die „Kundgebung“ überzeugter Steuerpatrioten angekündigt, und auch die Bülow-Rede als eine „bedeutende“ vorbereitet. Das jeder Kenner der Verhältnisse längst wußte, wurde durch den „Erfolg“ nur bestätigt, nämlich, daß die ganze Steuerkundgebung eine nicht einmal gezielt inszenierte Theatermache darstellt, die den realen Wert vernissen läßt. —

Die Geschäftslage im Reichstag.

Im Mittwoch tritt der Seniorenlonten zusammen, in der Finanzkommission die nötige Zeit zu ungehinderten Arbeit zuvergüteten und sich möglichst zu machen über die mit noch zu erledigenden Aufgaben (Bauauftrag, Biehauzeitgebot, unlösbarer Wettbewerb, Bibliotheksaufstellung, Sicherung der Beforderungen, Reichsberichterstattung, Handelsvertrag mit Portugal, deutsch-amerikanisches Abkommen über gewerblichen Rechtszählig, Werner Vereinigung zum Schutz der Literatur und Kunst usw.). Es wird eroffen, doch diese Vorlagen nach den eingehenden Kommissionssitzungen im Plenum rasche Erledigung finden. Wenn irgend möglich, soll ferner die erste Lehrgang der Strafprozeßordnung und der Novelle zum Strafgelehrbuch vor Pfingsten stattfinden.

Am nächsten Freitag tritt die Gesetzgebungscommission wieder zusammen, zunächst um ihren Bericht über die bisherigen Arbeiten, die die Veränderungen der Gesetzgebung betrifft, festzustellen, und dann die Beratung der Anträge auf Änderung der Verfassung, Ministerverantwortlichkeitsgesetz usw. zu beginnen. In dieser Beratung wird der Bundesrat bestreit.

Deutschland.

Die Sozialdemokraten und der Nationalsozialismus. Zu einer Erörterung des Standes der Finanzpolitik kommt die „soziale“ Seite: „Die sozialdemokratische und nationalsozialistische Partei ist sich einig, die Wirtschaft, also die Finanzpolitik, zu reformieren, als es die Finanzpolitik der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten kann.“

lassen des Widerstandes gegen die Branniwein-Gebesgabe einzuhandeln bereit seien. Das ist leicht Geschick, das nur den Zweck hat, Bewirbung zu erregen und Missbrauch gegen die Freisinnigen hervorzurufen. — Wollen's doch lieber abwarten, ehe wir's glauben. —

Steuern auf Vorrat. Die Finanzminister der Einzelstaaten treffen am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche in Berlin ein, um einer wichtigen Sitzung des Bundesrats teilzunehmen. Der Bundesrat will nicht erst warten, wie die Kommissionssitzungen über die noch ausstehenden einzelnen Steuervorschläge ausfallen, sondern sofort eine Anzahl Erstschlägen beraten, die dann dem Reichstag ungestellt gegeben werden. Die Steuer auf Gas und Elektricität sowie die Interessenten dürfen als endgültig gefallen angesehen werden. Über die Objekte der geplanten Erbsteuern herrschen zurzeit lediglich Vermutungen. —

Die preußische Vergeschnovelle. Die preußische Regierung hat für die im Landtag in Beratung befindliche Vergeschnovelle bestimmte Termine in Aussicht genommen. Die Arbeiterausschüsse sollen spätestens 6 Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erichtet sein. Die Gewohnheiten für sämtliche Ausschüsse müssen innerhalb Jahresfrist vorgenommen werden. Unter den einzelnen Parteien soll bereits eine Übereinstimmung über die wichtigeren Bestimmungen der Novelle erreicht sein. —

Unter verschloßenen Türen. Am Sonntag den 25. April findet in Langensalza der sechste Parteitag des Bezirks Nordhausen der Freisinnigen Volkspartei statt. Zu den Bezirken gehören sechs Thüringer Kreise. Wie üblich halten die Wienerer ihre Konferenz unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Erwähnenswert für sämtliche Ausschüsse müssen innerhalb Jahresfrist vorgenommen werden. Unter den einzelnen Parteien soll bereits eine Übereinstimmung über die wichtigeren Bestimmungen der Novelle erreicht sein. —

Radelstichpolitik. Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Die Behörden sorgen sich jetzt nicht bloß um Jugend und Freuden, sondern auch um die Turner. Nachdem die Schulverwaltung dem Arbeiter-Turnverein Fichte zwei städtische Turnhallen für Geld und gute Worte zur Benutzung überlassen hat, entdeckt die Regierung hier in anderen Städten, daß der Verein einen Turnlehrer besitzen muß, der den Beweis für seine „fitliche und wissenschaftliche“ Fähigkeit im Turnen erbringen müßte. Man hofft sich insofern, daß man dem Stadtverordneten Schiele, der seine Prüfung als schriftlicher Turnlehrer gemacht hat, die Leitung des Vereins übertrug. Fest ist aber dem Genossen Schiele ein Schreiben der Regierung zugegangen, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß er sein Amt als Turnlehrer niedergelegen hat. Der Turnverein Fichte bemüht nun, daß man ihn auf diesem nicht ganz ungewöhnlichen Gege aus den städtischen Turnhallen wieder hinausgrauen will. Auf eine an das Stadtverordneten-Kollegium gerichtete Beschwerdepräsentation des Vereins, man möge den Arbeiterturnern doch wenigstens die Turnhallen nicht vor der Erledigung der Beschwerde entziehen, erklärte Stadtchulrat Brendel, daß er die Angelegenheit im Auftrage der Regierung verfolgen müsse. Die Beschwerde wurde dann dem Petitionsausschuß des Stadtverordneten-Kollegiums überwiesen. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Malergesellschaft in Salzgitter (Lippe) haben den Meistern und dem Arbeitgeberverbund einen Tarif unterbreitet, in dem sie einen Stimmballot von 45 % für ältere und 42 % für jüngere Gesellen bei 10 stündiger Arbeitszeit fordern. Die Arbeitgeber scheinen die Sache verschließen zu wollen; es wird deshalb um Fernhaltung des Zugangs er sucht! —

Im der Breitebürger und der Holsteinischen Gemeinschaft in Lübeck sind sämtliche Schlemmager- und Pressearbeiter in den Auftand getreten, nachdem ein Teil von ihnen ausgespielt worden war. Die Arbeiter fordern eine ganz geringe Lohn erhöhung. Zugang verhalten. —

Die Malergesellschaften in den Industriezentren haben die Forderung der Rücknahme von 10 auf 9 Stunden abgelehnt worden ist. —

Der Streit der Maurer und Schammeier in Bremervörde und Umgegend (Kreis Bremervörde) dauert fort. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Arbeitswilligen sich der Bewegung anschließen. —

Die Maurer in Borsdorf sind in den Streit getreten. Die Unternehmer hatten den am 31. März d. J. zu Ende gehenden Tarifvertrag geflüchtigt und verzögten bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt den „Mästertarif“ durchzudringen, der eine Reihe Verschlechterungen aufweist. Da es zu keiner Einigung kam, beschloß am Montag eine stark deputierte Mitgliederversammlung den Streik. Die Abstimmung, welche geheim vorgenommen wurde, ergab fast einstimmige Annahme. —

Gegen die Grabenkontrolleure. Die Handelskammern Essen, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Münster a. R., Düsseldorf und Bielefeld waren in Köln zu einer gemeinsamen Sitzung versammelt, um Stellung zu der Vergeschnovelle zu nehmen. Die Versammlung der Gewerbetreibenden verspricht sich eine größere Sicherheit im Bergbau vor der Einführung der Sicherheitsmauern nicht. Wenn aber diese Sicherheitsmauern geschaffen werden, dann müsse dafür gezogen werden, daß diese Institution nicht agitatorisch ausgenutzt werden kann. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. April 1909.

Unser Manifest!

Seit je das Tor geöffnet, das hinausfährt in Freiheit; dorhin, wo wir grüner See blühen und weiße Wälder ihre schlanke, guine Lippe zeigen in dem lamen West, der die Wölfe vertreibt, damit die Sonne ihre Schönheit angehend erzeigen kann über die weite heilende Natur, in das düster-mästige Gewölbe der Stadtmauer und in die eugen dünnen Gassen.

Wer kann solche Gedanken noch widerstreiten am 1. Mai, dem Feiertag der Arbeiter, dem Weltfest des Sozialismus? Vielleicht wird es lebensfähig werden in den Straßen, das Tor wird widerhallen vom Schritte der Menge, und Ihnen geht es in den heiligen Morgen, am ersten Tage des jungen Reichs. Und wie beschieden die Masse auch ist nach Alter, Beschäftigung und Charakter, eins besteht sie alle: Sie wollen, daß heute auf dem ganzen Erdball und die Frauen und Männer der Arbeit einig sind in dem Gedanken, daß aus der Feierzeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein Weg hinaus führt in die Freiheit.

Das will der Schriftsteller unseres Manifests sagen, und wer die Sprache der Sprache und der Freiheit nicht versteht, dem kommt der Dichter noch zu Hilfe mit seinem feurigen Versgele:

Seit ihr nicht, was brauchen habt?
Sozus, Freiheit, Mästertarif!
Macht euch frei und Freiheit —
Und verfällt der Mästertarif!

Die Park wird auch als Polizeizelle hergestellt, und mit zweitens sagt, daß dieser Park auf Magdeburg höchst fröhlich aufgeworfen werden wird.

Die Mästertarif, die in diesem Jahre für Magdeburg auf die höchste politische Ebene erhebt, berechtigt zur Teilnahme an allen Wahlversammlungen. Zum Beispiel am 20. Mai, in so zu haben bei allen Parteien und Gewerkschafts-Versammlungen. Die Magdeburger Arbeitnehmer werden so sehr in großer Zahl und ganz eindrücklich

„Steuerzahler und Steuerdrückerberger“.

Um Dienstag den 20. April nahmen fünf Versammlungen in Magdeburg Stellung zu dem Ende der Reichsfinanzreform, das sich bezeichneten läßt als das Streben der Steuerdrückerberger, der großen Masse des Volkes die Rolle des willenslosen Steuerzahlers zuzuweisen.

In sämtlichen Versammlungen wurde folgende Resolution beschlossen:

Die Versammlung erhebt Protest gegen die ins Endlose steigende Belastung des Volkes durch die Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande. Die Kriegsrüstungen sichern nicht den Frieden, sondern sie steigern die Kriegsgefahr und treiben die Staaten dem Bankrott entgegen. Die Kriegsgefahr wird vermindert, wenn die Völker selbst über Krieg und Frieden zu entscheiden haben. Die Versammlung fordert deshalb Erweiterung der Rechte der Volksvertretung und Verantwortlichkeit der Minister der Volksvertretung gegenüber.

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten können nicht durch Billigung neuer Steuern auf eine gesunde Grundlage gestellt werden, solange das gegenwärtige System der Ausgabensteigerung besteht. Nur durch Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen sind extraktive Finanzverhältnisse zu schaffen.

Die Versammlung protestiert gegen jede weitere Belastung der Arbeitersklasse durch neue Steuern. Die Arbeitersklasse muß gegenwärtig schon in Form von Bößen und Verbrauchsabgaben den größten Teil der Reichssteuern aufbringen und ist durch die Reichsgesetzgebung gezwungen, die Summen zu tragen, die den Bevölkernden durch Schutzzölle auf Getreide, Bier, Fleisch, Garn usw. sowie durch die Liebesgaben der Brantweinsteuer zugeführt werden.

Eine Erhöhung der Biersteuer, der Brantweinsteuer, der Tabaksteuer, des Kaffeezolls und die Neueinführung von Steuern auf alkoholfreie Getränke, Bündholzer und Kohlen kann die Arbeitersklasse, die gegenwärtig unter der Krise schwer leidet, nicht tragen.

Mit der gleichen Schärfe und Ausdauer, mit der die bestehenden Klassen gegen die Nachlaststeuer protestieren, muß sich die Arbeitersklasse gegen die Steuern, die die Arbeitersklasse zur Wehr setzen.

Über die einzelnen Versammlungen erhalten wir folgende Berichte:

Magdeburg-Alstadt.

Im „Sachsenhof“ referierte Genosse Brandoes. Der Redner wies zunächst auf die Ursachen der ungeheuren Ausgaben des Reiches hin. Nicht für Kulturaufgaben werden immer neue Millionen gebraucht, sondern Militarismus und Marionismus verschlingen immer wieder die Ergebnisse neu ausgeschöpfter Steuern. Die auswärtige Politik verhindert ständig ein Abschließen anderer Kulturaufgaben, so daß Deutschland den treibenden Heil für das Weltbüro in der ganzen Welt darstellt. Die prozentuale Steigerung für die Ausgaben des Militarismus zu Wasser und zu Lande führt zu immer neuen Finanzklemmen, die sich in immer längeren Perioden wiederholen. Redner geht auf die Steuerprojekte der Regierung näher ein und zeigt an dem Fall von Beispiele, daß fast ausnahmslos immer wieder das ärmeren Volk geschöpft werden soll. Bei dieser neuen Schöpfung soll jedoch nicht allein das Reich profitieren, sondern den Untern sollen neue Liebesgaben in den Hals geworfen werden. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiter den indirekten Steuern denselben energischen Widerstand entgegensetzen, wie die bestehende Klasse den Nachlaststeuer. Mit einem warmen Appell an die Versammlungen, sich mehr als bisher an der Agitation für die sozialdemokratische Partei zu beteiligen, schloß Redner seinen beispielhaft aufgenommenen Vortrag.

Bei der „Ostfaz“ zeigte der Genosse Hähnen einige Beispiele, welche Summen durch die geplante Brauosteuer in Magdeburg aufzubringen sind. Genosse Haupt bemängelt ebenfalls die schlechte Gefäßführung der Firma „Deutsches Reich“. Unter geschilderten Mitteilungen gibt Genosse Haupt ein Schreiben eines monarchisch gesinnten Versammlungsbesuchers bekannt, welcher sich bitter über angebliche Steuerhinterziehung eines Landrats beschwert.

Budan.

Im „Thalia“-Saal sprach Genosse Ritsch. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden, unter denen sich viel Frauen befanden, den Ausführungen des Referenten, der ein anschauliches Bild von der unseligen Finanz- und Schuldenwirtschaft des Deutschen Reichs entrollte. Mit türigen, scharfen Strichen zeichnete Redner die von der Regierung bisher verhüllten Steuerdrückerger, die Agrarier. Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen. Die Protestresolution fand einstimmige Annahme. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden zur zahlreichen Beteiligung an der Maifeier und zur Agitation für die „Volksstimme“ und den Sozialdemokratischen Verein wurde die Versammlung mit einem dreifachen begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Südenburg.

In der stark besuchten Versammlung in der „Zehnster Bierhalle“ referierte Genosse H. Weims. Er führt einleitend aus, daß das Oberamt der deutschen Arbeiterschaft keine frohe Botschaft gebracht habe. Während die herrschenden Klassen in zügellosem Egoismus mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihren Beitz zu wahren und zu mehren wissen, ist die Lage des ausgedehnten Volkes in Handel, Gewerbe und Arbeiterschaft trostlos. Zufolge der elenden Bettstättenei und der durch sie bedingten Ausgaben für Heer und Marine haben die Besitzenden das Deutsche Reich an die Schwelle des Ruins gebracht. Genosse Weims beleuchtet in längeren Ausführungen das Wesen der indirekten Steuern und weiß nach, daß ein großer Teil des Extragebietes der Agrarier zugute kommt, was in dem starken Anwachsen der ländlichen Vermögen seinen Ausdruck findet. Dieselben Leute, die immer glauben, die Vaterlandsliebe in Erbpaß zu haben, weigern sich in niederer Selbstsucht, ein Zeidlein beizutragen zu den ungeheuren Lasten, die, bedingt durch die Politik des Weltbüros in Heer und Marine, auf den Schultern der besitzlosen Arbeiterschaft liegen. Mit lauter Stimme auf die Arbeiterschaft protestieren gegen die ungeheure Steuerbelastung in Reich, Land und Gemeinde; weg mit allen indirekten Steuern, fort mit der Bump- und Bombeiwirtschaft, die das Vaterland an den Rand des Bankrotts gebracht hat. Lebhafte Beifall wurde dem Redner zuteil. Nachdem Genosse Grenzen der Maifeier gedacht, forderte er mit leidigen Worten zum Eintritt in den Sozialdemokratischen Verein auf und empfahl dringend, die „Volksstimme“ zu abonnieren, die allein furchtlos und treu unsre Interessen vertreibt.

Alte Neustadt.

Die Arbeiterschaft und Arbeiter der Alten Neustadt waren nicht gerade zahlreich in der „Krone“ versammelt. Genosse Mössing trat beharrlich das gesetzliche Thema eingehend und geschildert. Erstmals betriebsreicher Einnahmen ließ die Schuldenlast des Reiches, weil die Ausgaben sich noch weit vermehrt als die Einnahmen; Ausgaben, die nur zum allerleinsten Teile aus direkten Quellen fließen sollen. Schärfe geißelte er die Rassierer der Agrarier und ihre Steuerfressen und die Steuerprojekte der Regierung. Von einer progressiven Einkommensteuer schneiden die Partei und Regierungslöste, wie sie von der Abstimmungsfrage schwören, trocken ohne eine solche nicht an eine wirkliche Reform der Finanzen zu denken ist. Solche Politik mag zum Bankrott führen. Und die Arbeiter mögen da nicht mit, ja

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 93.

Magdeburg, Donnerstag den 22. April 1909.

20. Jahrgang.

Das türkische Staatsgefüge.

II.

Ansfangs schied man in der Türkei die Bevölkerung — abgesehen von den Sklaven — nur in zwei Klassen: Moslems und Nichtmoslems, wobei letztere gewöhnlich als Rajah, das heißt Herde, bezeichnet wurden. In diesem Ausdruck „Herde“ lag ursprünglich nichts Beleidigendes, sondern nur die orientalisch-patriarchalische Bezeichnung des Verhältnisses der Untertanen zu ihrem Herrscher. Auch moslemische Bauern waren Rajah ihrer Lehensritter. Nach Aufhebung des türkischen Lehenswesens blieb „Rajah“ die Bezeichnung der christlichen Untertanen des Sultans, bis diese Benennung auf Wunsch der europäischen Diplomatie abgeschafft wurde.

Den geistlichen Obern der Christen übrigens, namentlich den griechischen Patriarchen, wurde, schon seitdem der Sultan Mohammed 2. sich nach der Eroberung Konstantinopels als den Erben des byzantinischen Kaisers betrachtete, eine angesehene Stellung und eine fast unabhängige Gerichtsbarkeit über ihre Glaubensgenossen eingeräumt und auch katholischen Geistlichen (besonders den Franziskanern in Bosnien) wurden manche Privilegien gewährt.

In allem übrigen aber sah sich die türkische Regierung — nach einem schwachen Anlauf im 18. Jahrhundert — erst im 19. Jahrhundert — zwangsweise — zu einer billigeren Behandlung ihrer christlichen Untertanen bewogen. Dann ging sie aber darin so weit, als es mit den Grundzügen eines islamitischen Staates irgendwie vereinbar erscheint. Insbesondere hinsichtlich der religiösen Toleranz steht jetzt das Osmanische Reich — wenigstens was die Regierung betrifft — kaum einem andern Staat nach.

Man hat im moslemischen Staate wohl schon früh erkannt, daß die Vorschriften des auf der religiösen Grundlage ruhenden Scheriatgesetzes nicht immer ausreichen, um ein Reich regieren zu können. Glücklicherweise fanden die gesetzfundenen Ulemas schon früh im Koran eine Stelle, welche besagt, daß der Herrscher solche Verfügungen treffen könne, die ihm für das Staatswohl notwendig scheinen. Davon haben nun die Sultane schon seit Jahrhunderten ausgiebigen Gebrauch gemacht, indem sie *ya e u e*, weltliche Gesetze hinausgaben.

Diese weltliche Gesetzgebung heißt „*Qanun*“ (ein vom griechisch-lateinischen Kanon oder Canon abgeleitetes Wort). Sie kann die Lücken des Scheriatgesetzes ausfüllen, soll aber mit demselben nicht in Widerspruch stehen. Es sind jedoch tatsächlich viele Kanuns erschienen, deren Inhalt dem religiösen Gesetz offenbar zuwiderläuft. Dies war nur insofern zulässig, als der Koran selbst viele, wenn nicht gerade widersprechende, so doch verschiedenartige Auslegungen zulässt, deren einer oder anderer zur Unterstützung eines solchen Kanuns herangezogen werden konnte. Es ist eine Aufgabe der Muftis und besonders des den Titel Scheich ul Islam führenden obersten Muftis von Konstantinopel, ein motiviertes Gutachten

(Fetwa) über die religiöse Zulässigkeit eines neuen Gesetzes abzugeben. Die Muftis geben ihre Fetwas auch in Privatstreitigkeiten ab. Gewöhnlich wird ihnen die strittige Frage in prinzipieller Form, ohne Nennung der Person, so vorgelegt, daß darauf „Ja“ oder „Nein“ zu antworten ist, worauf diese Antwort durch eine bezügliche Stelle des Scheriatgesetzes kurz erläutert zu werden pflegt.

Ein Sultan ist, obwohl Kalif, doch kein Geistlicher, das heißt, er hat nicht die Studien eines moslemischen Theologen, er gehört nicht zu den Ulemas; deshalb ernennt er einen solchen zum Scheich ul Islam, damit dieser an seiner Statt die Obliegenheiten des geistlichen Oberhauptes des Islam in seinem Reich erfüllt.

Die moslemischen Geistlichen sind aber keiner Priester. Sie haben keine Weihe, durch welche ihnen durch Gottesmacht priesterliche Machtbefugnisse übertragen würden, sie verhalten keine geistlichen Mysterien; sie sind bloß die des religiösen Gesetzes Kundigen, dessen Lehrer, Ausleger und Vollzieher. Wie die Muftis das Scheriatgesetz für konkrete Fälle auszulegen haben, so haben Scheichs, Muderris und Chodschas dieses Gesetz zu lehren und haben die Radi sich nach ihm zu richten, während die Imams eigentlich nur Vorbeteter sind. Alle diese Personen sind im weiteren Sinne moslemische Geistliche. Zu den „Ulemas“ rechnet man aber nur die vollkommen ausgebildeten Theologen, nicht die einfachen Chodschas und Imams. Übrigens ist auch der Kalif „Imam“, der oberste Vorbeteter des moslemischen Volkes.

Deutscher Reichstag.

243. Sitzung.

Berlin, 20. April, nachm. 2 Uhr.

Um Bundesratsstich: Kommissare.

Auf der Tagesordnung:

Petitionen.

Eine große Zahl von Petitionen werden nach den Beschlüssen der Kommission debattierlos erledigt. Darunter wird dem Reichsanzler zur Erwaltung überwiesen eine Petition des Gemeinderates von Banti, der auf Anregung der dort ansässigen Maurer, Zimmerer, Bau- und Erdarbeiter bittet, daß zu allen aus Reichsmittel gezahlten Arbeiten nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Ebenso eine Petition auf Sicherstellung des Koalitionsrechts der Privatangestellten. Zur Berücksichtigung überziehen wird eine Petition, welche die Aufnahme der weiblichen Angestellten in die obligatorische Krankenversicherung wünscht sowie eine Petition, in der um Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherungspflicht auf Portiers und Hausangestellte gebeten wird sowie eine weitere, in der die Ausdehnung der Haftpflicht der Eisenbahnen auf Sachschäden gewünscht wird.

Eine Anzahl von Müllervereinigungen und Handelskammern petitionieren um Maßnahmen gegen die übermäßig große Ausfuhr deutscher Getreides. Die Kommission schlägt Übergang zur Tagesordnung vor. Die Gewerbezimmer Dresden sowie eine Anzahl anderer Verbände petitionieren um Wiedereinführung des Identitätsnachweises. Die Kommission beantragt Überweisung an den Reichsanzler zur

Erwähnung. Der Rat und die Stadtverordneten von Dresden sowie eine Reihe anderer Städte petitionieren um die Verlängerung der im § 13 des Bolltarif festgesetzten Frist für Beseitigung der städtischen Verbrauchssteuer. Die Kommission schlägt Übergang zur Tagesordnung vor.

Der Präsident schlägt vor, diese drei Petitionen gemeinschaftlich zu beraten.

Abg. Bözel (natl.) bittet die drei Petitionen an erster Stelle zu beraten.

Abg. Sachse (Soz.) bittet, die Reihenfolge einzuhalten, wie sie in der Tagesordnung steht. Nach dem Antrag Bözel würden Petitionen zurückgesetzt werden, die schon siebenmal auf der Tagesordnung standen und sehr dringend sind.

Der Antrag Bözel wird angenommen.

Abg. Smel (Soz.): Als der neue Bolltarif geschaffen wurde, wollte man verhindern, daß die durch ihn schon erheblich verteuerten Lebensmittel nicht noch stärker belastet werden. Der städtische Ottroi sollte im Jahre 1910 aufgehoben sein. Jetzt wird gebeten, die Frist bis 1917 zu verlängern, und die Regierungsvertreter haben sich in der Kommission dafür ausgesprochen. Die Städte haben aber gewußt, was kommen wird und hatten reichlich Zeit und Gelegenheit, ihre Kommunalsteuergesetze dem anzupassen. (Sehr richtig b. d. Soz.) Einige haben auch schon für Erfolg gesorgt. Würde nun der Petition entsprochen, so bliebe dieser Erfolg bestehen und außerdem würde der Ottroi auf Lebensmittel weiter erhoben. Die Folge würde sein, daß die direkten Steuern heruntergesetzt werden, also das Gegenteil von dem, was der § 13 des Bolltarifgesetzes wollte. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Ganz abgesehen von unserm prinzipiellen Standpunkt, der alle indirekten Steuern verbirgt, müßten sich in diesem Falle hier alle bürgerlichen Parteien gegen die Verlängerung der Frist wenden. Ich bitte, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. (Beif. b. d. Soz.)

Abg. Bözel (natl.): Im Prinzip bin ich auch für die Aufhebung des Ottrois, aber eine Reihe Städte, namentlich in Bayern, würden in schwere Verlegenheit kommen. Ich bitte um Überweisung zur Berücksichtigung.

Die Abgeordneten Dr. Pfeiffer (Btr.), Wagner (Sachsen, lons.) und Abg. Manz (Freiz. Bp.) schließen sich dem Vorredner an.

Abg. Bassermann (natl.) wünscht Übergang zur Tagesordnung über die Petition.

Bahr. Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Strößenreuter bittet, dem Wunsche der Petition nachzukommen. Die bairischen Gemeinden könnten sich noch nicht dem Gesetz anpassen und haben hohe Schulden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Fischer schließt sich in bezug auf die sächsischen Städte den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Heinz (natl.) tritt für die Petition ein.

Abg. Gothein (Freiz. Bg.): Die ungünstige Lage der Städte ist nicht durch die Aufhebung des Ottrois verursacht, sondern durch die Bolltarifgebung. (Gut stimmt links.) Der § 13 wurde seinerzeit mit erdrückender Mehrheit angenommen. Alles was man jetzt für die Hinzufliegung vorlässt, geht nur, das man den städtischen Ottroi überhaupt nicht aufheben will. Namens der freien Sächsischen Traktionsgemeinschaft bitte ich nach dem Kommissionsbeschuß um Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Werner (Antif.): Da Herr Gothein gegen die Petition spricht, so ist sie wahrscheinlich gerechtfertigt. (Heiterl.) Redner unterstellt den Antrag Bözel (Verschiebung auf 1914).

Vizepräsident Paasche teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, über den Antrag Bözel *namentlich abzulehnen*. Die Abstimmung findet morgen statt.

Abg. Speck (Btr.) unterstützt trotz seiner prinzipiellen Gegnerschaft den Antrag Bözel in Rücksicht auf die Finanzlage namentlich der bairischen Städte.

Preußischer Geheimrat Struck tritt für die Petition ein.

Feuilleton.

Redund verboten

Kantor Schildkötters Haus.

Roman von Alfred Bod.

(34. Fortsetzung.)

Plötzlich schnellte der Kantor in die Höhe und brach in ein wieherndes Gelächter aus. Der Wahnsinn hatte seinen Geist umnachtet.

Dann horchte er auf, schaute mit verglasten Augen nach der Tür und rief mit Stentorstimme:

„Herrin!“

Lachend verbeugte er sich.

„Ah, die Herren aus Leipzig! Willkommen! Entschuldigen Sie mich einen Augenblick.“

Er lief hinaus und schlepte Lampen und Kerzen herbei, bis das Zimmer taghell erleuchtet war.

Dann trat er in die Mitte und sprach in gespreizter Haltung mit der Würde eines Gründen:

„Meine Herren Stadträte! Sie sind express aus Leipzig gekommen, mir Ihr Beileid auszusprechen. Ich danke Ihnen aus tiefbewegtem Herzen. Ist es nicht sonderbar? Ich bin fünfzigmal gestorben und lebe immer noch. Der Junge hatte keine Widerstandskraft. Meine Herren, er war ein Wohlgefall der Sonne, er hätte die Welt erlösen können. Der Herr Kreisrat wird Ihnen das bezeugen. Der hat nämlich Franz Liszt gehört. Ich hätte auch dazu Gelegenheit gehabt, allein seitdem der Polarstern auf meinen Magen wirkt, reise ich nicht mehr. Ich will's Ihnen offen sagen, an all dem Unglück ist der Hildebrand schuld. Der hat den Jungen von mir abwendig gemacht. Seinen Sohn hat er dahin. Leider hatte Dietrich kein Verständnis für die hohe Stellung seines Vaters. Durch meine engen Beziehungen zu Alexander dem Großen besaß ich eine Unmasse Orden, trage seidene Wäsche und verfüge über Berge von Gold. Ein Wort von mir hätte genügt, ihn vor Kaisern und Königen spielen zu lassen. Fünf Erdteile wären sein Konzertsaal gewesen. Auf Krakauers Urteil gebe ich gar nichts. Der Mann gehört ins Narrenhaus. Ich bin Komponist. Sie werden das wissen. Ich will satt werden, und das kann ich, denn die Hähne spukteln schon früh um drei. Ein

übrigen beruhige ich mich nicht bei dem Konkurs. Ich lasse den Hildebrand vor ein Kriegsgericht stellen. Blut will ich sehen, Ströme von Blut. Man hat eine Verschwörung gegen mich angezettelt. Ich warne Sie vor dem Ungeziefer. Was man Ihnen vorlegt, ist Gift. Sie sind doch auch dafür, daß ich meinem Sohn ein Denkmal setze? Ja, gewiß, etwas Apartes. Ich hab' mir schon was ausgedacht: eine Feuersäule, die hinauf bis nach Caparanda leuchtet. Eine erhabene Idee. Nicht wahr? Bitte, kommen Sie, meine Herren!“

Hochaufgerichtet ergreift er eine Kerze und öffnet die Tür, den Herren aus Leipzig den Vortritt zu lassen. Dann geht er mit großen Schritten den Flur entlang und steigt die Treppe zu den Magazinen des Kaufhauses hinauf. Mit wuchtigem Tritt stößt er einen Bretterverschlag ein. Vor ihm liegen Wollwaren und Puhartikel, jegliches an seinem Ort. Das alles wirft er durcheinander, schüttet es zuhause und hält die flackernde Kerze daran. Im Nu lodern die hellen Flammen.

Der wimmernde Ton der Sturmloche schreckt die Einwohnerchaft aus dem Schlafe.

„Feuer!“

„Wo brennt's?“

„Beim Kaufmann Klipsh.“

„Nein, ins Schenks.“

„Ei, 's Gewitter! Der viele Sprit!“

„Die Timer parat!“

„Hannes, mach' zu.“

„Der Luh düben ist schon fort.“

„Herrjeses, der ganze Himmel ist rot.“

„Guck, die Funken!“

„Man meint, 's wär' im Spital.“

„Dumm' Zeug, 's ist viel weiter.“

„Feuer!“

„Philipp, wo brennt's dann?“

„Läß mich in Ruß.“

Die Tambours der Feuerwehr ziehen durch die Gasse und schlagen Marm.

„Wo brennt's?“

„Beim Krakauer.“

„Im Kaufhaus?“

„Sa.“

„Gott sei uns gnädig, mitten in der Stadt.“

„Ein Glück nur, daß es windstill ist.“

„Alleweil stürmen sie mit zwei Glocken.“ —

Die Sprögen raseln vorbei. Aus allen Gassen strömt's auf den Marktplatz. Dort hat das verheerende Element den Dachstuhl des Kantorhauses ergriffen und pflanzt sich, von leicht entzündbaren Stoffen genährt, mit rasender Schnelligkeit fort. Die Feuerwehr sieht, hier ist nichts zu retten und setzt ihre ganze Kraft darin, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Eine gaffende Menge umgibt im Halbkreis die Brandstätte. Die einen ergötzen sich schweigend an dem schaurigen schönen Schauspiel, die andern lassen der Zunge freien Lauf.

„Ich war noch im Löwen, wie's losgegangen ist.“

„Ich war hundsmüßig, ich hab' mich schon um neum gelegt.“

„Ich sein gerad' von Frankfurt kommen.“

„Gut da, der Eulekapper! Du mußt auch bei allem dabei sein.“

„Halt doch Dein Maul.“

„Was glaubt Ihr dann, wer das angefeuert hat?“

„Da kann man nix sagen.“

„Ist das nicht der Krakauer, der da drüben kreischt?“

„Satwohl.“

„Und ist weiß wie ein Häf.“

„Der ist versichert bis dahinaus.“

„Und macht sein Schnitt.“

„Schaden hat er deswegen doch.“

„Das glaub' ich auch.“

„Schwätz doch nicht.“

„'s dauert keine vier Wochen, da macht der woanders auf.“

„Und baut neu.“

„Das ist klar wie Kaffeelatz.“

„Wer ist dann als im Haus gewesen?“

„'s heißt der Laufbüch und dem Kantor sein Mädchen.“

„Die sind heraus.“

„Wo und der Kantor?“

„Den seh'n ich nicht.“

„Gott im Himmel, der alte Mann!“

„Wann dem nur nix zugestoßen ist.“

Wo ist der Kantor? Auch unter der Eschmannswelt

Abg. Pauli (Potsdam, lins.) tritt namens eines Teiles seiner politischen Freunde und unter dem Beifall der Linken für den Kommissionsantrag ein. Die Kommunen haben Zeit genug gehabt, sich vorzubereiten.

Abg. Hildenbrand (Soz.): Entgegen der sonstigen Gesploßigkeit beteiligen sich heute Regierungsvertreter an der Diskussion über Petitionen. Allerdings bei den Petitionen zu Gunsten von Arbeitern interessiert haben sie eigentlich nicht. Der § 8 des Zolltariffs, der die Aufhebung des Octrois fordert, ist doch mit Zustimmung der verbündeten Regierungen beschlossen worden. Jetzt aber sprechen die Herren Geheimräte von der schweren Belastung der Gemeinden. Von der schweren Belastung aber, die den Arbeitern aus doppelter Besteuerung erwächst, schwiegen sie. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Den säumigen Städten eine Verlängerung zu gewähren, wäre ein schweres Unrecht gegen jene Gemeinden, die in lokaler Weise den Reichstag abgeschlossen haben, was diese, zum Beispiel Potsdam, konnten, das hätten die andern auch getan. (Sehr wohl links.) Auch in Stuttgart haben wir schon vor einem Jahre die Fleischsteuer beseitigt. Die Annahme des Antrags würde in manchen Städten eine doppelte Besteuerung der arbeitenden Bevölkerung bedeuten.

Der wahre Grund des Widerstandes gegen den § 13 ist die Angst der bestehenden Klassen vor größerer direkter Besteuerung. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Die Vertreter aller Parteien haben erlaubt, prinzipiell seien sie Gegner des Octrois, aber keiner will die Konsequenz aus seinem Prinzip wahr haben. (Sehr gut b. d. Soz.) Wenn der Antrag Wölzel jetzt angenommen wird, so kommt im Jahre 1914 wieder ganz genau dasselbe Schauspiel. (Sehr richtig b. d. Soz.) Die heutige Debatte macht den Eindruck, als ob im Jahre 1902 sich viele Herren gefragt hätten: „Steuern wir nun einmal diesen Sand aus, später werden wir die Sache schon wieder anders machen.“ (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Gerade jetzt, wo Sie die Lebenshaltung des Volkes wieder mit 400 Millionen Mark indirekt Steuern belasten wollen, sollten Sie dem deutschen Volke dieses neue Unrecht nicht holen, den § 13 aufzuheben. (Lebhafte Sehr richtig b. d. Soz.) Wenn der Reichstag in Zukunft noch ernst genommen werden will, muß er den Kommissionsantrag annehmen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Lender (Gr.): Der § 13 war von jeder Seite einig gegen die kommunale Selbständigkeit. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, Lachen links.)

Abg. Gothein (Freiz. Pg.): Die Logik des Herrn Speck nennt man gewöhnlich Dilettant. Zukünftig kann man aber auch Speziologen sagen. (Zittern links, Lachen i. Gr. u. rechts.) Herr Speck hat die Prinzipienlosigkeit als leitendes Prinzip des Zentrums proklamiert. (Lache: Nehmen Sie vor der Tür des Freiheitsstaates Heiterkeit.) Nach dem Abgeordneten Lender bedeutet der § 13 einen Bruch der Reichsverfassung. Danach hat also das Zentrum, als es für das Tarifgesetz stimmte, die Reichsverfassung gebrochen. (Sehr gut links.) Mit Herrn Hildenbrand kann ich nur sagen: Wenn der Reichstag ernst genommen werden will, muß er auch den Kommissionsantrag annehmen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Stolle (Soz.): Die Aufhebung des Identitätsnachweises im Jahre 1894 geschah mit Rücksicht auf die notleidende Landwirtschaft. Inzwischen ist sie zu einem blühenden Gewerbe geworden. Graf Schwerin hat das selbst mehrfach anerkannt. Durch die Ausfuhrpapiere wird diesem blühenden Gewerbe eine Liebesgabe gespendet in einer Zeit, wo neue Steuern mit der Lupe geführt werden. Als 1894 der Identitätsnachweis aufgehoben wurde, gab den Zweck dieser Aufhebung, Besteuerung der landwirtschaftlichen Produkte, Graf Rossewitz ganz unumhinter zu. Auch der Oberpräsident Graf Stolberg erkannte diese Wirkung an und nahm unsrer Fraktion erklärte der Abg. Schippel, daß wir gegen seine Aufhebung in jeder Form sind. (Lebhafte Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Sie werde auch nun zu der Petition, welche die Debatte bisher allein befürwortet hat. Sehr erstaunt war ich, daß mein Herr Kollege, Herr Geheimrat Fischer, für die Verlängerung der Frist zur Aufhebung des Octrois eintrat — haben ihm doch von 133 sächsischen Städten nur noch zwei, die Städte Dresden und Bautzen, die gerade nicht zu den armen Städten zählen. Aber man will nicht die reichen Rentiers in Dresden und Bautzen besteuern, sondern die notwendigen Mittel lieber durch indirekte Steuern, welche den Arbeitern belasten, aufzutragen. Auch ein Wort zur Stellung des Zentrums. Wenn das Zentrum ebenfalls vor allem den Geldbeutel des reichen Mannes

geht die Frage um. Niemand vermag Auskunft zu geben. Das Dienstmädchen meint heulend, er müsse noch in seiner Stube sein. Der Treppenbau ist eingestürzt.

Der Hauptmann kommandiert:

„Die Hafenleiter!“

Im selben Augenblick bricht ein Teil des Dachstuhls zusammen. Eine schwere Wolke hält alles ein. Die ungeheure Hitze erhöht das Atmen. Es ist unmöglich, heranzukommen.

Wie der Staub sich verzogen hat, hört man von oben jemand rufen. —

Die Menschen fügt ein Stauen an. — Im Erker, dessen Holzwerk bereits glimmt, steht der Kanton Schildköter.

Der Hauptmann befiehlt:

„Das Sprungtuol!“

Zwölf Feuerwehrleute spannen das Tuch und heben es in Bruchhöhe.

„Zum Abpringen fertig!“

„Springt ab!“

Der Kanton achtet des Juras nicht. Dennoch gewahrt man, er hat einen Haufen in der Hand.

Jetzt schreit er aus vollem Halse:

„Haha, Leute, langt!“

Auf das Blattir läuft es nieder. Kling, Kling, Kling!

Einer hüpft auf.

„Donnerwetter, Goldstück!“

Ein paar andre grapsen das Gelb.

„Goldstück, Goldstück!“

Die Menge fängt das Blatt auf und drängt in wilder Lust nach vorne.

„Goldstück, Goldstück!“

Ein Haufen von Männern und Weibern ruft und läuft und folgt ihm. Wie die Spinnen sollen sie über die Menschen, toll vor Gier und Neid. Sälide von den Feuerwehrleuten sind darunter. Alle Disziplin hört auf. Der Hauptmann und die Polizisten haben mit den Säbeln drin.

„Goldstück, Goldstück!“

Aus der Höhe gellt's herab:

„Rott Euch, Bettler, hab' nichts mehr!“

Dem Hauptmann strömen sich die Hände, den Raum drohen ihm nur Gott noch retten.

„Springt ab!“

Um den Kanton prasseln und züngeln die Flammen. Stot, steht er aufrecht im blutroten Schein. Da — Zeus im Himmel! Ein Ballen fällt niedrig und zerläutert ihn in die tobbringende Lust. —

Ende.

schonen will, so kann ich darin seine so gern behauptete Arbeiterfreundlichkeit nicht erkennen. (Lebhafte Sehr richtig b. d. Soz.) Sächsischer Geheimrat Fischer polemisiert gegen die Abgeordneten Stolle und Gothein und behauptet, daß er bei der Beratung von Petitionen, welche Arbeiterinteressen betreffen, ebensoviel anwesend gewesen sei wie bei den andern.

Der Haus verfolgt die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. (Außerdem dritte Beratung des polnischen Antrags betreffend die Freiheit des Gründungsvertrags.)

Schluß 8½ Uhr. —

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: Ich halte mich verpflichtet, nunmehr den Antrag auf Ausschluß der Deffentlichkeit zu stellen.

Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, während der Verlesung der Artikel die Deffentlichkeit nicht auszuschließen, von da aber die Deffentlichkeit ganz auszuschließen. Es soll lediglich den Stenographen der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten Harden die Unwissenheit gestattet werden.

Die Verlesung der Artikel und die Vernehmung des Angeklagten Harden nahmen mehrere Stunden in Anspruch. Am Schluß der Vernehmung des Angeklagten Harden beschloß das Gericht, nur den als Nebenkläger zugelassenen Grafen Kuno von Moltke als Zeugen zu vernehmen. Von jeder weiteren Beweisaufnahme wurde Abstand genommen.

Um 5 Uhr nachmittags nahmen die Plaidohers ihren Anfang, die ebenfalls unter Ausschluß der Deffentlichkeit geführt wurden.

Der Antrag des Oberstaatsanwalts Dr. Preuß gegen den Angeklagten Harden lautete auf 800 Mark Geldstrafe.

Nach den Plaidohers der Anwälte und nach zweistündiger Beratung des Gerichtshofs verhündete nach wiederhergestellter Deffentlichkeit um 9 Uhr abends Landgerichtsdirektor Lehmann folgendes

Urteil:

Der Angeklagte Harden wird wegen übler Nachrede zu sechshundert Mark Geldstrafe ab, für je 15 Mark zu 1 Tag Gefängnis verurteilt. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten einschließlich dem Nebenkläger erwachsenden notwendigen Auslagen auferlegt. Außerdem wird dem Angeklagten Grafen Moltke die Publicationsbefreiung in der „Zulunft“ auf der ersten Zeitseite, in der „Vossischen Zeitung“ und in der „Kreuzzeitung“ zugesprochen. In materieller Hinsicht weist der Angeklagte nach wie vor den Vorwurf der Anklage zurück, daß er in den Artikeln den Grafen Moltke als einen Homosexuellen hingestellt habe. Er habe lediglich darauf hingewiesen, daß zwischen dem Fürsten Eulenburg und seinen Freunden namentlich dem Grafen Moltke, eine normwidrige Männerfreundschaft bestand, und daß dieser Kreis, der dem Kaiser nahestand, wegen seines unmännlichen Wesens einen unheilvollen Einfluß auf Seine Majestät ausübt. Als politischer Schriftsteller hielt er sich verpflichtet, diesen Einfluß zu brechen, und zwar habe er zu diesem Zwecke diese Kreise verspottet und auch auf die normwidrigen Gefühlsregungen einzelner zu diesem Kreise gehöriger Personen hingewiesen. Die mündliche Verhandlung hat aber ergeben, daß er den Grafen Kuno von Moltke als einen am Verbrechen des Geschlechterstreites nach der männlichen Seite hinreichenden Menschen hinstellte. Die Andeutungen sind zwar in verhüllter Form gemacht, aber doch so deutlich, daß aus ihnen die Bezeichnung, der Nebenkläger habe sich homosexuell betätigt, herausgelesen werden mußte. Die große Deffentlichkeit hat auch die Neuzeugungen des Angeklagten so aufgefaßt. Sie wurde sogar dahin verstanden, daß der Angeklagte dem Bekleideten strafbare Betätigung hat nachzuhägen wollen. Der Angeklagte betont nun zwar, daß von homosexuellem Betätigungen in den Artikeln nichts stand. Nach der Überzeugung des Gerichts mußte er sich aber darüber klar sein, daß die Deffentlichkeit glaubte, ein Homosexueller ist ein solcher, der sich aktiv homosexuell betätigt. Der Angeklagte ist für diesen Erfolg verantwortlich. Er hat sich der Verbreitung von Tatsachen schuldig gemacht, die den Grafen Moltke verächtlich zu machen geeignet sind. In normalen Kreisen wird schon ein Mann mit homosexuellen Neigungen als verächtlich angesehen, vielmehr noch ein Mann, der sich homosexuell betätigt. Strafbar aber ist der Angeklagte gemäß § 186 nur, wenn die mitgeteilten Tatsachen nicht erweislich wahr sind. Die mündliche Verhandlung hat nun betrifft des Grafen Moltke ergeben, daß sie nicht wahr sind. Graf Kuno von Moltke hat eidilich bekannt, daß er nie sinnliche Neigungen zu Männern gefühlt, daß er nie homosexuell gefühlt und nie sich homosexuell betätigt habe. Die Verhandlung ergab auch keinen Anhalt dafür, an der Richtigkeit dieser Aussage zu zweifeln. Was die Strafzumessung betrifft, so fällt die Schwere des zu Unrecht erhobenen Vorwurfs erheblich ins Gewicht, durch welche die gesellschaftliche Stellung des Bekleideten aufs erheblichste erschüttert wurde. Dagegen hat der Gerichtshof diesmal die Sache wesentlich milder angesehen, als es früher von derselben Stelle aus geschah. Früher war davon ausgegangen, daß der Angeklagte zu seiner Annahme, Fürst Eulenburg und Graf Moltke seien homosexuell, als Grundlage nur einige Neuzeugungen des Fürsten Bismarck über den Liebenberger Kreis, die Kenntnis der Moltkeschen Scheidungsakten und schließlich die Mitteilung aus dem Moltkeschen Leben seitens der gescheiterten Ehefrau und der Mutter hatte. Zugleich aber hat der Angeklagte in dem von ihm in München angekündigten Bekleidungsprozeß Zeugen gestellt, die eindlich befundet haben, daß Fürst Eulenburg mit ihnen homosexuelle Handlungen vorgenommen hat. Es kommt ferner hinzu, daß der Gerichtshof überzeugt ist, der Angeklagte hatte keine unlauteren Motive, und es fällt schließlich erheblich ins Gewicht, daß der Nebenkläger sich mit dem Angeklagten verglichen hat und mit der Einstellung des Verfahrens einverstanden gewesen wäre, wenn sie noch zulässig wäre. Hierdurch erschien die erkannte Strafe als angemessen. —

Verteidiger des Nebenklägers Justizrat Sello: Es läßt sich nicht verteidigen, daß wir uns in einer, wenn ich mich vulgär ausdrücken soll, prosozialen Zwischenmühle befinden, die dadurch geprägt ist, daß das Reichsgericht seine bis dahin vertretenen Amtsinhalte während des jetzigen Verfahrens geändert hat. Es muß nach dem Urteil des Reichsgerichts unbedingt anerkannt werden, daß theoretisch genommen die Straftatmutter in diesem Verfahren zuverlässig ist. Theoretisch, sage ich. Es handelt sich um die Frage, ob es vom Staatsanwalt angegozene Gründe statthaft sind, dadurch, daß nicht rechtzeitig Beklagte eingezogen werden müssen aber trotzdem werden. Eine andre Frage bleibt es, inwiefern man auf die Vergleichsverhandlungen Rücksicht zu nehmen haben wird bei der Beweisaufnahme und bei der Abmessung der Strafe. Ich darf beitreten, daß meiner Meinung nach von einer Beweisaufnahme wird ganz abgesehen werden können, falls der Angeklagte und der Nebenkläger über einzelne noch wichtig ercheinende Punkte Auszüge abgeben. Ich würde einen solchen Antrag nach allen Richtungen hin befürworten.

Verteidiger des Nebenklägers Justizrat Sello: Es läßt sich nicht verteidigen, daß wir uns in einer, wenn ich mich vulgär ausdrücken soll, prosozialen Zwischenmühle befinden, die dadurch geprägt ist, daß das Reichsgericht seine bis dahin vertretenen Amtsinhalte während des jetzigen Verfahrens geändert hat. Es muß nach dem Urteil des Reichsgerichts unbedingt anerkannt werden, daß theoretisch genommen die Straftatmutter in diesem Verfahren zuverlässig ist. Theoretisch, sage ich. Es handelt sich um die Frage, ob es vom Staatsanwalt angegozene Gründe statthaft sind, dadurch, daß nicht rechtzeitig Beklagte eingezogen werden müssen aber trotzdem werden. Eine andre Frage bleibt es, inwiefern man auf die Vergleichsverhandlungen Rücksicht zu nehmen haben wird bei der Beweisaufnahme und bei der Abmessung der Strafe. Ich darf beitreten, daß meiner Meinung nach von einer Beweisaufnahme wird ganz abgesehen werden können, falls der Angeklagte und der Nebenkläger über einzelne noch wichtig ercheinende Punkte Auszüge abgeben. Ich würde einen solchen Antrag nach allen Richtungen hin befürworten.

Angeklagter Harden: Ich bin nicht Jurist, aber ich bin Ihnen was hier gefährlich, und deshalb nehme ich das Recht für mich in Anspruch, darüber zu strecken. Das Verteidigerbericht ist durch einen geistwidrigen Beschuß eingestellt worden. Es konnte nur durch ein Urteil eingestellt werden. Es gibt keinen Gerichtshof der Welt, der sich darüber hinwegsetzen darf. Das folgende ist alles Nachfolgende geistwidrig. Ich bin meinen ordentlichen Richtern aus Gründen, die ich hier nicht erzählen will, entzogen worden.

Angeklagter Harden: Ich bin nicht Jurist, aber ich bin Ihnen was hier gefährlich, und deshalb nehme ich das Recht für mich in Anspruch, darüber zu strecken. Das Verteidigerbericht ist durch einen geistwidrigen Beschuß eingestellt worden. Es kann nur durch ein Urteil eingestellt werden. Ich habe die Straftatmutter als erste Instanz nicht berufen sein kann und das Fortsetzung unserer Verhandlung in sich den Stein der Falschheit frägt.

Angeklagter Harden: Ich bin nicht Jurist, aber ich bin Ihnen was hier gefährlich, und deshalb nehme ich das Recht für mich in Anspruch, darüber zu strecken. Das Verteidigerbericht ist durch einen geistwidrigen Beschuß eingestellt worden. Es kann nur durch ein Urteil eingestellt werden. Ich habe die Straftatmutter als erste Instanz nicht berufen sein kann und das Fortsetzung unserer Verhandlung in sich den Stein der Falschheit frägt.

Angeklagter Harden: Ich bin nicht Jurist, aber ich bin Ihnen was hier gefährlich, und deshalb nehme ich das Recht für mich in Anspruch, darüber zu strecken. Das Verteidigerbericht ist durch einen geistwidrigen Beschuß eingestellt worden. Es kann nur durch ein Urteil eingestellt werden. Ich habe die Straftatmutter als erste Instanz nicht berufen sein kann und das Fortsetzung unserer Verhandlung in sich den Stein der Falschheit frägt.

Angeklagter Harden: Ich bin nicht Jurist, aber ich bin Ihnen was hier gefährlich, und deshalb nehme ich das Recht für mich in Anspruch, darüber zu strecken. Das Verteidigerbericht ist durch einen geistwidrigen Beschuß eingestellt worden. Es kann nur durch ein Urteil eingestellt werden. Ich habe die Straftatmutter als erste Instanz nicht berufen sein kann und das Fortsetzung unserer Verhandlung in sich den Stein der Falschheit frägt.

Angeklagter Harden: Ich bin nicht Jurist, aber ich bin Ihnen was hier gefährlich, und deshalb nehme ich das Recht für mich in Anspruch, darüber zu strecken. Das Verteidigerbericht ist durch einen geistwidrigen Beschuß eingestellt worden. Es kann nur durch ein Urteil eingestellt werden. Ich habe die Straftatmutter als erste Instanz nicht berufen sein kann und das Fortsetzung unserer Verhandlung in sich den Stein der Falschheit frägt.

Angeklagter Harden: Ich bin nicht Jurist, aber ich bin Ihnen was hier gefährlich, und deshalb nehme ich das Recht für mich in Anspruch, darüber zu strecken. Das Verteidigerbericht ist durch einen geistwidrigen Beschuß eingestellt worden. Es kann nur durch ein Urteil eingestellt werden. Ich habe die Straftatmutter als erste Instanz nicht berufen sein kann und das Fortsetzung unserer Verhandlung in sich den Stein der Falschheit frägt.

Provinz und Umgegend.

Oberstdorf, 21. April. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am 23. April bei Ehreng. seine Mitglieder-Versammlung ab. Lagesordnung siehe im Inserat. —

— (Das Landhaus), Inhaber Gustav Niemann, steht den Arbeitern zur Abhaltung von Versammlungen noch immer nicht zur Verfügung. Die Arbeiterschaft Oberstdorfs wird ihr Geld nur dort verwenden, wo sie als Staatsbürger ihre Interessen vertreten kann. Das ist bei Albert Magdorff, Karl Frohme und Gottfried Ehreng. Ausflügler mögen dies ebenfalls berücksichtigen. —

Salsle, 21. April. (Die nächste Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Freitag den 23. April, abends 8 Uhr, im Rathaus statt. Die Verhandlungen sind öffentlich. —

Aschersleben, 21. April. (Vollbereich). Die am 18. d. M. abgehaltene Versammlung war mittelmäßig besucht. Die Anhänger des verstorbenen Mitglieds C. Werner ehrt die Versammlung durch Erheben von den Plänen. Genosse Greiner sprach in längeren Ausführungen den in der letzten Stadtverordneten-Sitzung genehmigten Kämmerei-Etat. Die Steigerung der Einkommensteuer von 173 Prozent auf 200 Prozent ist ungerecht. Leider hat in dieser Frage die Übermacht des Hausbesitzerprivilegs seine Wirkung bewiesen. Die Stellungnahme zu diesem und den übrigen Punkten seitens der sozialdemokratischen Stadtverordneten wurde gebilligt. Die Abrechnung für das 3. Quartal weist ein Einkommen mit Rassebestand von 541,98 Mark auf, der eine Ausgaben von 417,27 Mark gegenübersteht. An Stelle des Genossen Böden wird der Genosse Kuprecht als Unterstalter gemacht. Dieses bringt mit den Genossen in der Langen Reihe, Karlstraße, Stephanstraße, Feldstraße und Baumgartenstraße zur besondren Kenntnis. Die Beiträgen der Maifeßkommission wurde zugestimmt. Die Vollbereichsversammlungen sollen an jedem Donnerstag nach dem 15. jeden Monats abgehalten werden. Damit soll erreicht werden, daß rechtzeitig für den Besuch der Versammlung agiert werden kann. Der im letzten Quartal hat eine recht erfreuliche Zunahme an Mitgliedern gezeigt. —

— (Der Wahlkreis) gegen die Stadtverordneten-Wahl, der von dem Ingenieur Funke eingezogen wurde, ist nach einer Abstimmung im Tageblatt von dem Bezirksausschuss in Magdeburg abgelehnt. —

— (Der Wahlkreis) gegen die Stadtverordneten-Wahl, der von dem Ingenieur Funke eingezogen wurde, ist nach einer Abstimmung im Tageblatt von dem Bezirksausschuss in Magdeburg abgelehnt. —

wie es zu werden. Hierfür soll maßgebend gewesen sein, daß Funke den Protest gegen die Hauptwahl und nicht gegen die Stichwahl erhoben habe. Uns erscheint diese Nachricht nicht recht klar. Nach Lage der Sache hätte die Stadtverordneten-Versammlung über einen Protest gegen die Stichwahl zu beschließen. Wie es dem Ingenieur Funke hätte passieren können, gegen die Hauptwahl Klage zu führen, erscheint fast unerklärlich. Wir werden also erst abwarten, ob diese Notiz zutrifft.

(Die Furcht der Jagdberichtigen.) Die Erfindung der geräuschlosen Schußwaffe durch Hirten Perch Magin hat die Deutsche Jagdzeitung veranlaßt, dem Reichstag folgende Petition zu unterbreiten: In der letzten Zeit ist durch fast alle Zeitungen die Nachricht gegangen, daß der Amerikaner Magin einen Apparat erfunden habe, welcher den Knall der Schußwaffen beseitigen soll. Der Knall wird tatsächlich so herabgemindert, daß er, v. bei einer Jagdberichtigen nicht viel stärker ist als sonst bei einem Eselchen. Die große Rettung, die in den Tageszeitungen für die Erfindung gemacht wird, dürfte zur Folge haben, daß vor allen solche Leute den Apparat kaufen, welche den Knall des Schusses zu scheuen haben, also Wildjäger und Verbrecher. Im Interesse unseres jagdlichen Verhältnisses, besonders aber auch der öffentlichen Sicherheit, halten wir es daher für dringend geboten, daß dem Bericht solcher Vorrichtungen die im Privatbesitz nur unlauteren Zwecken dienen können, gesetzlich ein Siegel vorgeschoben wird. Wir bitten daher, im Reichstag dahin zu votieren, daß der Handel und Gebrauch solcher Apparate für Private gesetzlich verboten und Übertretungen mit hohen Strafen bedroht werden. Die Angelegenheit ist eilig, weil solche „Knallknipser“ bereits nach Deutschland gelangt sind und somit die Gefahr besteht, daß diese Apparate in nächster Zeit in größeren Mengen bei uns auf den Markt kommen. — Die Eingabe wird kaum Erfolg haben.

Burg, 21. April. (Zum Streit der Zimmerer.) Die Meister haben schon „Entgegenkommen“ gezeigt. Einem Pfennig haben die Herren gewillig zugestanden, vielleicht in der Hoffnung, Unzufriedenheit in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Die Kalkulation war aber nicht richtig. Die Abstimmung über den Vorschlag der Unternehmer ergab von 92 Stimmen 85 dagegen, 5 dafür und 2 waren ungültig. Wie immer, so werden auch die Zimmerer nichts untersuchen lassen, um auf friedlichen Wege eine Verteidigung herbeizuführen. Aus der Stimmung der Versammlung, die die Zimmerer einberufen hatten, um von der Kommission die Zugeständnisse der Meister zu erfahren, war sehr deutlich zu entnehmen, daß bei einer Zulage von zwei Pfennig die Arbeit wieder aufgenommen werden wäre. Die Meister hätten sich auch nichts vergeben, wenn sie in diese mehr als berechtigte Forderung eingewilligt hätten. Wenn in Zeiten, wo der arbeitenden Bevölkerung 500 Millionen neuer Steuern auferlegt werden sollen, die Arbeiter 2 Pfennig Lohnzehrung verlangen, so wird sich außer den Zimmermeistern wohl kaum jemand finden, der diese Forderung als unberechtigt und unerschöpflich ansieht. Die Haltung der Streikenden ist eine gute. Im ganzen sind 87 Männer in den Aussland getreten, die samt und sonders der Organisation angehören. Die Ledigen sind zum Teil schon abgereist und weitere, auch Verheiratete, bereiten sich zur Abreise vor. Stehengeblieben sind beim Holzimmoermeister Stiebel 3 Männer. Danach ist wohl anzunehmen, daß der Kampf, den zu verhindern seitens der Arbeiter das mögliche getan worden ist, einen glänzenden Ausgang zeitigt.

Egeln, 21. April. (Feuer) brach in der Montagnacht im Bodenraum des frischen Simonschen Hauses, Wilhelmstraße 13, aus. Es fand in dem Brennmaterial, das in den Bodenkammern lagerte, reiche Nahrung. Es gelang die Wohndräume in der Hauptzache zu räumen. Das Dachgeschoss brannte ab, auch der Bodenraum eines angrenzenden Hauses wurde ein Raub der Flammen. Über die Entstehungsursache des Feuers war noch nichts zu ermitteln.

Groß-Salze, 21. April. (Stadtverordneten-Sitzung vom 19. April.) Mehrere Einwohner der Leipziger Straße erzählen, diese Straße von der Magdeburger Straße bis zur Grabenstraße mit neuem Plaster zu verkehren. Einwohner der Grabenstraße haben sich über den schlechten Zustand der Abflussoffnungen beschwert. In der Gelgeler Straße sollen zwei Lokale aufgestellt werden. Der Lebdecker Klein hat sich bereit erklärt, wöchentlich Freitags die Behälter mit dem verworfenen Fleisch zu entleeren bei einer jährlichen Entschädigung von 50 Mark. Die Schulden des Wasserwerks sind bis auf 191 000 Mark getilgt. Der Haushaltplan der Kammerkasse wurde aus 228 700 Mark festgesetzt. Der Magistrat beantragte, die Steuern um 10 Prozent auf 140 Prozent zu erhöhen. Die Rechnungskommission war dagegen, da aus der neuen in Aussicht genommenen Wertzuwachs und Biersteuer die geforderte Summe heranstromme. Die Versammlung beschließt nach der Meinung der Kommission.

Halberstadt, 21. April. (Die Walderholungssäfte) in den Klusbergen wird am 26. April eröffnet.

(Eine örtliche Bäckerversammlung,) die sich mit dem 36 stündigen Ruhetag beschäftigte, tagte am Dienstag nachmittag in W. Böllmanns Lokal. Über die Forderungen der Bäcker referierte Genosse Weiß (Halberstadt), nach dessen Vortrag eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen wurde. Zu dieser Zeit hatte die gelbe Gehilfenorganisation eine Versammlung nach dem Stadttheater einberufen, um gegen die Einführung des 36 stündigen Ruhetags zu protestieren. Das edle Beginnen dieser Arbeiter erleichterten etliche Bäckermeister durch ihre Unwissenheit in der Versammlung. Die letzteren werden gewiß mit solchen Arbeiten zufrieden sein, welche die nur zu berechtigten Forderungen ihrer soziorganisierten Kollegen bekämpfen, und sich als Schutzaupen der Unternehmer herausgeben.

Schönebeck, 21. April. (Die Generalversammlung) des Handels der Fabrikarbeiter, Bahnhof Schönebeck, fand am Sonnabend statt. Aus der Abrechnung vom 1. Quartal sei folgendes hergehoben: Es wurde von der Hauptfazette ausgezahlt an Erwerbslose 4116,20 Mark, an Großregale 241,85 Mark, Umgangsgeld 53,20 Mark, Sterbegeld 59,40 Mark, Streifunterstützung 131,00 Mark. Die Einnahme betrug nur 3965,12 Mark. Der Hauptvorstand mußte einen Zujoch von 636,83 Mark leisten. Die Einnahmen und Ausgaben der Volkskasse schließen mit 3862,37 Mark ab. Unter den Ausgaben befindet sich ein Posten von 202,00 Mark, die als außerordentliche Unterstützung an in Not geratene Mitglieder gezahlt wurden. Erfreulich ist die Tatsache, daß die Zahlstellen auch in diesem Quartal eine Summe von 25 Mitgliedern zu verzeichnen hatte. Jedem noch absitzenden Arbeiter müßte doch dieser Bericht die Augen öffnen, jeder müßte einsehen, daß, wenn er nicht sein eigenes Interesse mit führen will, dann sein Platz in der Organisation ist. Aber auch an die Organisierten möchten wir die Mahnung richten, unablässige für die Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein. Gerade die jetzige Zeit würde sich zur Agitation am besten eignen. Daraum auf zur Werbung neuer Mitglieder!

Schönebeck, 21. April. (Der Fahrarbeitsverdienst) der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist vom Regierungspräsidenten vom 1. August d. J. an festgesetzt für Schönebeck für Personen über 16 Jahren, männlich 780 Mark, weiblich 390 Mark, für Personen unter 16 Jahren, männlich und weiblich 360 Mark.

(Endlich) ist die Stadt sowohl gekommen und hat eine Laterne an der Treppe am jüdischen Friedhof aufgestellt.

Thale, 21. April. (Vom Eisenhüttenwerk) wird dem Berl. Tagebl. aus dem Geschäftsbereich mitgeteilt: „Unser Gesamtumsatz im Berichtsjahr stellt sich auf circa 15,5 Millionen Mark gegen circa 16,8 Millionen Mark im Vorjahr. Der Rückgang erklärt sich einerseits aus den erheblich niedrigeren Verkaufspreisen, in der Hauptzache aber aus dem schlechteren Geschäftsgang in der Geislarbranche. Der Bedarf in unseren Eisengussfabriken ging, besonders auch im Export, zurück, so daß unsere normale Produktionsfähigkeit erforderlich wurde. Unter diesen Umständen konnte ein gewinnbringendes Unternehmen nicht erreicht werden, obschon infolge weiter durchgeführter Neorganisations eine wesentliche Verminderung der Geschäftshöhen gegen das Vorjahr bewirkt wurde. Die Ausfälle für das laufende Jahr glauben wir als besser bezeichnet zu

kennen. Die Tatsache, daß es uns möglich war, unsern Bedarf in den wichtigsten Rohstoffmaterialien zu zum Teil erheblich niedrigeren Preisen als im Vorjahr einzudecken, während wir anderseits in unseren Eisengussfabriken über größere Abschlüsse verfügen, die bis in das zweite Semester hinein uns Gewinnbrügung sichern, wird nicht ohne vorliegenden Einfluß auf das Gewinnergebnis sein. Die Gewinnbrügung kosten werden durch diesen Umstand wesentlich verringert, und das früher bestandene Wissensverhältnis zu den Verkaufserlösen wird gemildert und zum Teil beseitigt. Wenn also die Absatzgeschäfte sich gegen das wenig günstige Vorjahr nicht noch verschletern, hoffen wir, unsern Umsatzen ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können. Von dem zur Regelung des Exportabsatzes für emulierte Geschieße gebildeten Verband europäischer Smallwaffenwerke versprechen wir uns den Erfolg, daß das Exportgeschäft seine frühere Stärke wiedererhält und allmählich wieder in gesunde Bahnen übergeführt wird.“

Kleine Chronik.

Raubmord an der Kellnerin.

Der Cais Humboldt in Frankenberg bei Chemnitz in Sachsen war die 21jährige Kellnerin Erschöpfte Menzel aus Bernstadt in Schlesien in Dienst. Dienstag früh wurde die Menzel in ihrem Zimmer ermordet aufgefunden. Man sah, daß von den Exponaten der Ermordeten 60—80 Mark fehlten. Die Ermordete schlief in einer Kammer mit zwei andern Mädchen, die morgens gegen 7 Uhr aufstanden. Als eins der Mädchen um 7½ Uhr in die Kammer zurückkam, lag die Menzel blutüberström in ihrem Bett. Die Leiche war noch warm. Aus Chemnitz kam ein Beamter mit einem Polizeihund nach Frankenberg. Dieser nahm die Spur auf, die vom Café in die Stadt und wieder zurück ins Café führte. Vorläufig wurde ein Konditor geholt, namens Waldau als der Tat dringend verdächtig verhaftet. Das zur Tat benutzte Werkzeug, ein kurzes Messer, das vorher aus dem Keller entwendet worden war, wurde von dem Polizeihund auf dem Boden aufgefischt.

Das hat die Maus gefressen.

Der Besitzer H. in Dwielen bei Börlins (Ostpreußen) hatte vor einiger Zeit sein Gründstück verkauft und den Erlös von 2800 Mark in seiner Wohnung verwahrt. Als er dieser Tage sein Vermögen nachzählen wollte, fand er zu seinem nicht geringen Entsetzen nur einen Haufen kleiner Felsen als Rest des verganglichen Schatzes vor; Mäuse hatten sich an dem Papiergeiste gütlich getan. Der Wert der deutschen Noten im Betrage von 2000 Mark ist ihm von der Reichsbank in Berlin erstattet worden, da die Nummern der zerstörten Scheine noch festgestellt werden konnten. Die übrigen 800 Mark, die aus russischem Papiergeiste bestanden, sind verloren.

Gelungne Mörder.

In Ada in Oklahoma wurden vier Mörder gehängt. Sie wurden von 300 bewaffneten Bewohnern der Stadt mit Gewalt aus dem Gefängnis geholt und unmittelbar davor aufgehängt. Sie waren beschuldigt, einige Tage vorher den Bundesmarschall Debolt ermordet zu haben.

Wenn der Mensch Wech hat...

Besonderes Verbrecherpech hat ein Mann gehabt, der in London auf der Straße arretiert wurde. Er heißt John Creswick, ist 40 Jahre alt und wurde vor einiger Zeit in Rhodesien wegen Urkundensfälschung zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Zur Abüßung seiner Strafe sollte er mit der Eisenbahn von Ewelo nach Salisbury transportiert werden. Auf dem Transport aber gelang es ihm, von dem mit einer Geschwindigkeit von 20 englischen Meilen die Stunde fahrenden Eisenbahnzug zu springen, obwohl seine Beine gefesselt waren. Er fiel glücklich, ohne sich den geringsten Schaden zu tun. Die Flucht wurde nicht gleich bemerkt, und als der Zug hielt und man den Verbrecher suchte, war es ihm bereits gelungen, sich in Sicherheit zu bringen. Die eisernen Fesseln an den Füßen hatte er mit Steinbeilen gesprengt. Bald darauf traf er einen freundlichen Samaritaner, der ihm Geld und vor allem eine Flinte gab, damit er sich gegen die wilden Tiere, hauptsächlich Löwen, verteidigen könnte. Und nun machte sich Creswick auf den Weg nach Vorna im Königreichsstaat. Es war ein „Spaziergang“ durch das wildeste Afrika, eine Strecke von 1500 englischen Meilen. 5 Monate dauerte der Marsch, in dessen Verlauf Creswick mehr als einen Strauß mit wilden Tieren ausschießen hatte, von deren Fleisch er auch lebte, wenn es Bödig nicht zu erlegen gab. Und so erreichte er Vorna, tauschte die Fesseln, die von seiner Gefängniskleidung noch übriggeblieben waren, gegen einen anständigen, grauen Anzug ein und löste ein Schiffsschiff nach Antwerpen. Von dort fuhr er nach London, in der Überzeugung, daß ihn dort niemand erkennen würde. Am zweiten Tage nach seiner Ankunft spazierte er Lemon Street, Whitechapel, entlang, als er von Detektiv-Inspektor Belcher angehalten wurde, der ihm auf den Kopf zusagte, der entsprungene Straftäter aus Rhodesia zu sein. Der Mann leugnete zuerst, aber durch eine Tötung am rechten Arm — das Wappen des Prinzen von Wales — wurde er überführt und gestand dann auch, der Geschichte zu sein. Jetzt überlegen die englischen Gerichte, was sie mit dem Mann anfangen sollen.

Vereine und Versammlungen.

Zimmerer.

Am 13. April fand unter Generalversammlung statt. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und schloß ab: In der Hauptkasse: Einnahme 6825,05 Mark, Ausgabe 7159,39 Mark. Devisit der Hauptkasse 3 34,34 Mark. In der Volkskasse: Einnahme 2849,95 Mark, Ausgabe 1024,65 Mark, Bestand am 17. März 1625,30 Mark. Mitgliederbestand am 27. März 560. Gewünscht wurde, daß sich unsere Delegierten den Anträgen Braunschweig und Straßburg anschließen mögen, die besagen: „Der Gauleiter ist vom Gau anzustellen.“ Ein Reichstarif ist zu verwerfen. Kamerad Lauben ist auch bereit, in diesem Sinne auf der Generalversammlung zu wirken.

Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt am Sonnabend den 24. April, abends 8 Uhr: für den Bezirk Niedersachsen bei Schmidt; für den Bezirk Oldenburg bei Frohne; für die Branche der Goldarbeiter und Graveure im Sachsenhof.

Am Sonntag, den 25. April, vormittags 11 Uhr: Generalversammlung sämtlicher zur Verwaltung Magdeburg gehörenden Bezirke und Branchen im großen Saale des Luisenparks. Siehe auch Finerat in nächster Nummer.

Verband der Kupferschmiede. Sonnabend den 24. d. M., abends 8½ Uhr, Vorstandss- und Kommissionsfahrt bei G. Böhme.

Verband der Töpfer. Am Sonnabend den 24. April, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Gustav Böhme Kleine Klosterstraße 15/16.

Arbeiter-Männerchor Wilhelmstadt. Jeden Freitag im Luisenpark. Liederstunde.

Arbeiter-Radsahrerverein, Abt. Wilhelmstadt. Sonnabend den 24. April, abends 8½ Uhr, Versammlung im Luisenpark.

Paukencubus. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 24. April, abends 8½ Uhr, Versammlung bei der Witwe Hoppe.

Groß-Ottersleben. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 24. April, abends 8½ Uhr, Versammlung im Luisenpark.

Ostersleben. Kartellsitzung mit Vorstandsmitgliedern Mittwoch den 21. April, abends 8½ Uhr, bei Otto Schröder.

Salbe. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 24. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Oertels.

Schönebeck. Arb.-Radsahrerverein. Achtung! Sämtliche Bundesmitglieder Donnerstag abends 8 Uhr im Wiener Restaurant.

Briefkasten.

Bemendorf. Berichte über Schlemminzige haben viele schon mehrere gebraucht, wir wollen nun stoppen.

Blindenau. Überstellung erfolgt durch den Kommandobesitz. Der Kates wird zu einem seinem Einkommen entsprechenden Teile zu den Kosten herangezogen.

M. Schonebeck. Wir mußten 20 Pf. Strafporto bezahlen.

A. A. Albersleben. Sehr gut gemeint, aber die Form ist ungünstig.

Marktberichte.

Magdeburg, 20. April. (Wöchentliche Notizen.) Die Notizen verstreichen sich für 1000 Mark netto ab Station und frei Magdeburg. Bei einem englischen gut 236—241, mittel 236—241, do. Sommer gut 236—241, mittel 236—241, do. Röden Sommer gut 245—255, do. ausländischer gut 245—255, do. Roggen ausländischer gut 170—174. Getreide hiesige Thewallergerste gut 198—205, seines über Röda, hiesige Landgerste gut 190—195, ausländische Futtergerste gut 140—142. Hafer inländischer gut 190—193. Mais runder gut 170—175.

Blechmarkt.

Magdeburg, 20. April. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 321 Kinder, 366 Kalber, 230 Schafe usw., 1402 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): a) vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 36—38 Pf. b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 33—35 Pf. c) mäßig genährte junge und ältere 29—31 Pf. d) gering genährte jungen Alters 26—27 Pf. Kalben: a) vollfleischige, ausgemästete, bis zu 5 Jahren 36—37 Pf., b) vollfleischige, jüngere 32—34 Pf., c) mäßig genährte jüngere und ältere 25—28 Pf. Kalben und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 33—36 Pf., b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 29—31 Pf., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 25—27 Pf., d) mäßig genährte Kühe und Kalben 21—23 Pf., e) gering genährte Kühe und Kalben 18—20 Pf. Kalber: a) feinstes Mast (Bollmilchmais) und beste Saugkalber 54—60 Pf., b) mittlere Mast und gute Saugkalber 44—52 Pf., c) geringere Saugkalber 33—40 Pf., d) ältere, gering genährte (Fresser) — Pf. Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammee 32—34 Pf., b) ältere Masthammee 29—31 Pf., c) mäßig genährte Hammel und Schafe 28—29 Pf. Schafe mit 20 Prozent Torf: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren 65—66 Pf., b) fleischige 62—64 Pf., c) gering entwickelte 57—61 Pf. Sauen 54—60 Pf. Verlauf und Tendenz: Mittelmäßig. Überstand: 35 Kinder 38 Kalber, — Schafe, 50 Schafe. Geträchtete Schafe kosten heute pro Zentner 87 Pf.

Wasserstände.

	+ bedeutet über. — unter Null.
Iser, Eger und Moldau.	
Jungfernblau . . .	18. April + 0,40 19. April + 0,40 —
Laun . . .	+ 1,36 + 1,16 0,20
Budweis . . .	+ 0,46 + 0,30 0,16
Prag . . .	— —
Elster und Saale.	
Straßburg . . .	19. April + 2,10 20. April + 1,80 0,30
Weizenfeld Untp. .	+ 1,22 + 1,04 0,18
Trotha . . .	+ 2,80 + 2,64 0,16
Altsleben . . .	+ 2,56 + 2,35 0,21
Bernburg . . .	+ 2,12 + 1,95 0,17
Kalbe Oberpegel	

Cafetin

koffeinfreier
Ersatz für Bohnenkaffee
ärztlich warm empfohlen

Das gesündeste und billigste Frühstücksgetränk.
Zu haben in Paketen von 1 Pfund à 50 Pfennig (ausreichend für 200 Tassen) und $\frac{1}{2}$ Pfund à 25 Pfennig (100 Tassen):

Altstadt u. Nordfront.

Altes Fischerufer, Ecke Jakobsförder, F. G. Schäper Nachf., Inh.: Otto Heinecke.
Augustastr. 14, Heinrich Schulze.
Berliner Str. 16/17, Emil Schlechter.
Bismarckstr. 33, Gustav Krüger.
Breitweg 101, H. O. Schmidt Nachf., Inh.: Hermann Hintze.
Breitweg 127, „Phoenix“, Inh.: Paul Drawehn.
Breitweg 228, Oswald Schmitz.
Breitweg 239, (am Sudenburger Tor), F. Bauermeister.
Gustav-Adolf-Straße 37, E. Schlobach.
Gustav-Adolf-Straße 51, Gust. Köder.
Heiligengeiststr. 38, Otto Herz.
Jakobstr. 45, Frau A. Hainke.
Kaisestr. 66, Wilhelm Krause.
Knochenhauerstr. 84, Ferdinand Herz.
Königgrätzer Str. 18, Andreas Baster.
Königstr. 25, Ernst Holländer.
Kühnestr. 21, Georg Holper.
Lüneburger Str. 27, Paul Dietz.
Neustädter Str. 258, Otto Huchel.
Prillstr. 25, A. Kretschel.
Stephaniestr. 5, Adolph Freye.
Stensstr. 1, Albert Nitze.
Stensstr. 32, Frau B. Richert.

Sudenburg.

Rosseckstr. 12, Thies Wartenberg.
Leipziger Str. 54, Carl Neuling.
Leipziger Str., Ecke Lennéstr., Julius Tödtmann.
Leipziger Str. 68, Gustav Putzmann.

Neustadt.

Holzgärtnerstr. 51, Max Schmidt.
Lübecker Str. 25, Ernst Wenckel.
Lübecker Str. 101, Fr. Paul.
Schlitzstr. 12, Emil Ruschke.

Eigentümlich: Ruschke & Giesemann, Magdeburg, Kaiserstraße 75.
Fernruf 4517.

Oerder.

Mittelstr. 10, Kurt Schröder.

Friedrichstadt.

Kirchstr. 8, Hermann Pieper.

Olvenstedt.

Annastr. 27, L. Wallstab.
Arndtstr. 17, Bruno Schrader.
Arndtstr. 29, C. Raecke.
Ehenderfer Str. 43, P. Liebscher.
Friesenstr. 33, Otto Müller.
Olvenstedter Str. 6, Chr. Kluge.
Olvenstedter Str. 13, F. Nachtigall.
Olvenstedter Str. 47, Paul Gottschalk.
Spielgartenstr. 1b, Hubert Pape.

Buckau.

Dorotheenstr. 12, Ecke Feldstr., Otto Köppen Nachf., Inh.: Ernst Schmeiss.
Neue Str. 1, Gustav Streiblein.
Neue Str. 2, Heinrich Hartmann.
Sudenburger Str. 18, Albert Thiemecke.
Weststr. 5, Otto Langerwisch.

Fermersleben.

C. Pfeffer.
J. Zeltwanger.

Salbke.

Clara Schubert.
J. A. Massa.

Biederitz.

G. Goltze.

Gr.-Ottersleben.

H. Münnich.

Hermann Bruns

Budan

empfiehlt 4599

Drahtgeflecht, Stacheldraht

Spaten, Schaufeln, Harken, Hacken

feuerfest emaillierte

Wasch- und Schlachtkessel

Türschlösser

Wringmaschinen

Waschmaschinen allgemeinsten Systems

Eleg. Kinderwagen zu verkaufen

Fermersleben, Oststraße 1, I. r.

Kartoffeln. Slim. Unterkartoffel.

Magnum bonum 10 Pf. 35 Pf.

rot. Dofersch. 10 Pf. 25 Pf. Regin-

tarioffeln 10 Pf. 25 Pf. p. Gr. billig.

Emil Ruschke, A. Menstadt

Schützenstraße 12 2060

Der Praktiker

in Garten, Hof und Haus

Obstbau (I. Teil)

Preis 35 Pf.

Obstbau (II. Teil)

Preis 35 Pf.

Buchhd. Volksstimme

2 Gärtnerlehringe sucht unter günstigen Beding.

Borth. Weise, Gärtn.-Bef. M. Gracau

Küchenzeittel

der Magdeburger Volksküche

Große Marktstraße 12.

Donnerstag: Erbsen mit Rippenspeck.

Freitag: Braunkohl, Salat, Kartoffeln und falschen Hasenbraten.

Sonnabend: Saurer Kartoffelsuppe mit Rippenspeck.

Frauen-Speisesaal parterre.

Stephanshallen

3859 Dir. Rich. Frohberg

— Abends 8 Uhr —

Varieté-Vorstellung

Strenge dezentes Programm

für Familien-Publikum

Städtisches Orchester.

Fürstenhof.

Montag den 26. April 1909

abends 8 Uhr 4359

Carl Brinck, Dessau i. A.

Konzert

Leitung: Kgl. Musikdirektor

Joseph Krug-Waldsee.

Solistin:

Opernsängerin Anna Jacobs

(Altistin)

vom hiesigen Stadttheater

Eintrittskarten

Plätze: Vorverk. Abendkasse

Loge . . . 65 Pf. 80 Pf.

Saaltisch . 55 " 65 "

Balkontisch . 55 " 65 "

Nichtnum. . 30 " 40 "

Vorverkauf nur in der Heinrichshofenschen Musikalienhandlung

von 8 bis 1½ und 4 bis 7 Uhr.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 22. April 1909

Siegfried.

Freitag den 23. April 1909

Liesland.

Freitag den 30. April 1909

Die Götterdämmerung.

Kaiser-Theater

Montag und Donnerstag

von 3 bis 11 Uhr 4316

Kinder 5 Pf. — Erwachs. 15 Pf.

Zirkus Theater

Bodesnachricht.

Am 20. d. M. starb nach

langem, schwerem Leid ein meine liebre Frau, unsre gute Mutter,

Tochter und Schwester

Marie Schinnerling

geb. Köbrig

im Alter von 33 Jahren.

Dies zeigt mit der Bitte um

fülle Teilnahme am 2068

Robert Schinnerling

und Kinder.

Die Beerdigung findet am

Freitag nachmittag 4½ Uhr

von der Kapelle des neuen

Sudenburg. Friedhof aus statt.

Abteilung!

Zentralverband der Zimmerer

Deutschlands

Zahlstelle Magdeburg

— Bezirk Barleben. —

Nachruf.

Donnerstag den 15. d. M.

starb nach langem Leid unser

treues Mitglied, der Invalidide

Karl Schmidt

im 47. Lebensjahr. 4692

Die Mitglieder werden dem

Begräbnis, der durch treue

Pflichterfüllung allen ein leucht-

des Vorbild war, ein ehren-

des Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Putze nur mit

Globus

Putzextract

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 93.

Magdeburg, Donnerstag den 22. April 1909.

20. Jahrgang.

An die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich!

Auf Beschluß des letzten Krankenkassen-Kongresses berufen die Unterzeichneten hiermit den

I. Allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands
zum 17., 18. und 19. Mai 1909, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, Hoppoldts Brauerei, Hasenheide Nr. 32—38, ein.

Tagess-Ordnung:

Die Vorlage zur Reichsversicherungsordnung.

(Die Referenten werden später noch bekanntgegeben.)

Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Einungs-, Knapphafis- und freien Hilfskrankenkassen Deutschlands hierdurch eingeladen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Krankenkassenvorstände die Notwendigkeit des Kongresses einsehen werden, da es gilt, der Regierung unsre Wünsche hierzu gemeinsam zu erkennen zu geben.

Wir ersuchen daher alle Vorstände genannter Krankenkassen, unverzüglich Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongreß zu bescheiden. Wo mehrere Kassen an einem Orte sind, können diese auch gemeinsam zu der Beschildigung des Kongresses Stellung nehmen. Die Kosten für die Beschildigung trägt jede Kasse resp. Kassen-Vereinigung selbst.

Der Kongressbeitrag beträgt für jeden Teilnehmer 5 Mark. Dieser Beitrag ist vorher mit der Anmeldung zum Kongreß nur an die unterzeichnete Zentrale, Berlin, Engelauer 15, an E. Simanowski einzusenden, wonach jeder Delegierte die Kongressmitgliedskarte zugesandt erhält. Es ist daher notwendig, daß jeder Delegierte seine genaue Adresse angibt, damit ihm die Karte auch zugestellt werden kann.

Anträge für den Kongreß, welche die Tagessordnung betreffen, sowie sonstiges geeignetes Material ist spätestens bis zum 10. Mai d. J. an die unterzeichnete Zentrale einzusenden.

Jeder Delegierte muß als Ausweis eine Mitgliedskarte oder ein von seinem Krankenkassen-Vorstand oder von seiner Kassen-Vereinigung ausgestelltes Mandat haben, in welchem die nachstehend aufgeführten Angaben gemacht sind.

Auf der Anmeldung resp. dem Mandat ist die zu vertretende Krankenkasse sowie der Mitgliederbestand vom 1. April 1909 genau anzugeben. Ebenso ist anzugeben, ob der Vertreter Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Kassenbeamter ist. Die Bezeichnungen „Vorsitzender“ oder „Vorstandsmitglied“, genügen nicht.

Das Kongressbüro wird am Sonntag den 16. Mai, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, in den Festräumen im Grand Hotel am Alexanderplatz (Eingang vom Alexanderplatz) geöffnet sein. Es können dort unter Vorzeigung der Mitgliedskarte die Kongressabzeichen und eb. Drucksachen in Empfang genommen werden.

Die Zentrale für das deutsche Krankenfassenwesen.

E. Simanowski.

Der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

J. Fräsdorff, Dresden.

Der Verband der freien Hilfskrankenkassen.

G. Blume, Hamburg.

Die Kosten- und Finanzverhältnisse der Allgemeinen

Ortskrankenkasse Magdeburg

und die Kündigung des Arztvertrages durch die Kassenärzte.

V.

Wir haben in den bisher veröffentlichten Artikeln in objektiver Weise von den Verhältnissen der Allgemeinen Ortskrankenkasse berichtet, haben nachgewiesen, daß die wirtschaftlichen Zustände der Mitglieder sich nicht verschlechtert haben, haben nachgewiesen, daß die Steigerung der Ausgaben nicht auf abnormale Gesundheitsverhältnisse zurückzuführen ist. — Wir haben, um den Gründen für die steigende Belastung der Kasse nachzugehen, aus der vergleichenden Statistik des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen den Inhalt dafür genommen, daß das System der freien Arztwahl auf die Finanzen der Kassen ungünstig einwirkt. — Wir sind also nicht aus einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die freie Arztwahl zu den Schlüssen gekommen, sondern haben sie uns zu eigen machen müssen, weil ein anderer Grund für den Rückgang der Kassenfinanzen und die eingetretene Anarchie der Verhältnisse nicht zu finden ist.

Worin zeigen sich nun, allgemein gesprochen, die Wirkungen der freien Arztwahl?

Lassen wir hierzu einem Manne das Wort, der in letzter Zeit von den Ärzten wegen seiner Stellung zur freien Arztwahl angegriffen ist und der vermöge seines öffentlichen Amtes als Staatsrechtslehrer kein Parteimann ist.

Prof. Dr. Stier-Somlo (Bonn), der Herausgeber eines Fachblattes für die Arbeiterversicherung, schreibt als Abwehr gegen die ihm zuteil gewordenen Angriffe seitens der Ärzte folgendes.

Es handelt sich um den Kölner Arztesstreit, der dadurch entstanden ist, daß die Kölner Kassen, welche einen Verband nach § 46 des Krankenversicherungsgesetzes von über 104 000 Mitglieder bilden, mit dem System der freien Arztwahl, das sie an den Abgrund geführt hat, gebrochen haben und das System der fest angestellten Ärzte, unter denen die Mitglieder freie Auswahl haben, einführen. — Wir bringen die Ausführungen auch noch deswegen, weil sie auf die Verhältnisse der Allgemeinen Ortskrankenkasse passen und auch als auf sie zugeschnitten erscheinen. Professor Dr. Stier-Somlo schreibt:

Sicher ist, daß ein mathematischer Beweis für Schuld oder Unschuld sich in einer solchen sozialpolitischen Frage nicht gut führen läßt. Lediglich sieht man doch, wie Kölner Kassen seit Bestehen der freien Arztwahl eine riesige Mehrausgabe zu verzeichnen haben. Da sonst normale Verhältnisse vorgelegen haben, bleibt nur die Annahme übrig, daß die Ursache für die enorme Steigerung der Ausgaben in dem System der freien Arztwahl liegt. Die Behauptung, daß die Kassenvorstände an den schlechten finanziellen Resultaten schuld wären, widerspricht den Tatsachen. Die Kassenvorstände haben es gegenüber den Ärzten und Behörden an häufigen Hinweisen auf die starke Steigerung der Ausgaben nicht fehlen lassen, sie haben alles getan, um das Simulantentum zu bekämpfen. Die Kontrollmaßnahmen sind in außergewöhnlichem Maße verschärft und durch Aufstellung weiterer Kontrolleure vermehrt worden. Mehr als geschehen, konnte vor die Nachuntersuchungs-

Kommission nicht gebracht werden. Auf wiederholte Mitteilungen der größten Kölner Kasse bezüglich der übermäßigen Verschreibungswweise verlangte der Arztesverband fertige Statistiken, die die Kasse nicht liefern konnte, weil hierfür die Tätigkeit eines Sachverständigen erforderlich gewesen wäre. Sodann forderte der Arztesverband in einem an den Regierungspräsidenten gesandten Entwurf zu einer neuen Instruktion der Ärzte den Ausschluß sämtlicher Nähe- und Stärkungsmittel vor der Verschreibungswweise. Hiermit konnten sich aber die Kassenvorstände nicht einverstanden erklären, weil hierunter die wirklich kranken Mitglieder zu leiden gehabt hätten. Zu dem Schreiben an den Regierungspräsidenten vom 19. November 1907 begründete der Arztesverband diese seine Forderung wörtlich damit, daß er mit Rücksicht auf die vielen Beschwerden der Krankenkassen über die allzu reichlichen Verordnungen dazu veranlaßt worden sei. Der Arztesverband ist hierauf über die schädliche Wirkung nicht in Unwissenheit gelassen worden. Wie kann man da von einer systematischen Verhinderung der normalen Wirkung des Systems der freien Arztwahl seitens der Kassenvorstände reden? Dem Arztesverband kam es in erster Linie zu, die bei dem System in die Erscheinung getretenen Mängel zu beseitigen. Zur Unterdrückung der Übelstände fehlte es ihm aber an der nötigen Kraft. Er hatte seinen Einfluß auf die verschreibungslustigen Ärzte vollständig verloren. Zwar wurden einzelne Ärzte mit Geldstrafen wegen allzu reichlicher Verordnungen bedacht, aber ohne Erfolg. Eine Zahl von Ärzten hatten etwaige Strafen von vornherein mit in Rechnung gestellt. Für den Zulauf und die Gunst der Kassenpatienten, die sie sich auf diese Weise erwarben, ließen sie sich im Hinblick auf ihre damit gereichte einträgliche Praxis Ordnungsstrafen gefallen. Viele Ärzte schrieben die Gründerberger, auch wenn sie von deren Simulation überzeugt waren, überhaupt nicht gesund. Sie besorgten, die Gunst der Patienten zu verlieren. Das Gefünditschreiben überließ sie der Nachuntersuchungskommission. Dazu kam noch, daß die Ärzte in den allerwenigsten Fällen selbst Antrag auf Nachuntersuchung stellten, vielmehr so lange warteten, bis daß die Kasse selbst Verdacht schöpfte und an den behandelnden Arzt die Mitteilung ergehen ließ, daß der Patient der Simulation verdächtig oder als arbeitsfähig erscheine. Erst dann erfolgte die Antwort: Mit der Nachuntersuchung einverstanden. Die überwiegende Mehrzahl der Nachuntersuchungen und Gefünditschreibungen ist auf die Anträge der Kasse zurückzuführen. Diese wurden in so reicher Anzahl eingereicht, daß die Kasse für die stehenden Gewerbebetriebe usw. dafür gedruckte Formulare herstellen ließ. Mit lagen solche mit einer Auflage von Antworten vor, die der Kasse seitens der Ärzte auf Anfragen wegen Simulationsverdachts erteilt worden sind. Die Antworten zeigen, daß die fraglichen Ärzte Simulanten und Gründerberger nicht gefunden schrieben, trotzdem sie selbst von der Arbeitsfähigkeit überzeugt waren. Wenn die Kassenorgane keinen Verdacht geäußert hätten, würden die Ärzte die Simulanten voraussichtlich noch Wochenlang weiter krank und arbeitsunfähig geschrieben haben. Darin liegt gerade die enorme Schädigung der Kassen, daß die Ärzte bei dem System der freien Arztwahl vollständig von der Gunst der Kassenpatienten abhängen. Erfüllen die Ärzte ihre Pflichten, können sie mit Sicherheit darauf rechnen, von den betreffenden Patienten nie wieder in Anspruch genommen zu werden. Die Kassen müssen aber von ihren Kassenärzten verlangen, daß sie ihrer Überzeugung gemäß handeln, wenn sie die Patienten für arbeitsfähig halten. Die Nachuntersuchungskommission ist nicht als Einrichtung gedacht, um die Gefünditschreibung herbeizuführen. Sie soll nur im Zweifelsfall Entscheidung treffen. Bevor sie entschieden hat, vergeht eine gewisse Zeit, in der die Kasse unnötigerweise Kranke geltend machen muss. Daraus, daß die Kassenorgane in der Bekämpfung des Simulantentums auf Selbsthilfe angewiesen waren, erklärt sich die große Abneigung gegen die Einrichtung der Nachuntersuchungskommission. Es war unausbleiblich, daß die Kassenorgane, die doch Laien sind, in der Beurteilung der Simulanten nicht immer das Richtige trafen und daher Personen vor die

An der Stadtmauer.

Von Wilhelm Nipkohl.

(Schluß.)

Von Zeit zu Zeit freilich hielt man auch ein kleines Familienfest ab. Eine Kindtaufe oder eine Geburtstagsfeier. Dann stand auf dem Tische die qualmeende Petroleumlampe und erleuchtete flackernd den vom Fabrikdampf geschwängerten Raum. In dem mächtigen Ofen knisterten die großen Holzkloben, auf dem Dreifuß niederte das Wasser für den selten gebrunnenen Wasserrad und bei den Männern freiließ die Schnapsflasche. Wenn dann die Stunde vorschritt und alles hübsch in Stimmung war, wurde gesungen, defamiert, Schattenbilder auf ein Bettlaken gezauert und — die Hauptfläche — allerlei Geister- und Gespenstergeschichten erzählt. Geschenk hatte ja niemand jemals einen Geist; aber der Vetter von einem Großvater, der war einem begegnet. Um Kalvarienberg hätte auch einmal „heima“ einer einen Schatz mit dem Teufel zusammen gehoben, aber im letzten Augenblick hatte der Schatzgräber geflüchtet und weg war der Schatz.

Es gab freilich auch damals schon Klüger, die sich den Abergläubern zurück machten. So hatten Leute schon lange bemerkt, daß an einem See bei der Stadt ein Gespenst hausste. Niemand traute sich nachts mehr dort zu weilen, bis einige beherzte Jäger in dem Gespenst einen Jäger enttarnt, der sich bei seinen Jägen ein Hemd übergezogen hatte und so leicht und ungünstig arbeiten konnte.

Großmutter lächelte selbst über die alten, dummen Geschichten. Ach, das war ja alles so lange, lange her. Keiner lebte mehr von dem harmlosen, armen Wölfchen und kaum konnte man noch den Ort sagen, wo ihre Gebeine vermodert waren. Selbst ihr Vetter Christian, mit dem sie als Sechzehnjährige das erstmal zu Tanze ging, war längst gestorben.

So wie die Mädchen von heute war sie freilich nicht auf den Tanzboden gegangen. Gott bewahre! Ein Paar lederne Pantoffeln an den Füßen, ohne Hut, ein Schürzchen um das billige Kleid, so war sie mit dem Vetter draußen in „Stadt Berlin“, dem einzigen, größeren Tanzlokal, herumgeprungen. Das Vergnügen hatte aber nicht lange gedauert. Die Arbeiterparteien der Stadt, die Tuchmachergesellen, die dort in Hemdmärmeln und mit der langen Peise so taten, als sei der Saal nur für sie da, hatten mit dem ungünstigen Vetter Streit gekämpft, ihn töricht verklebt und ihn dann vor die Tür gesetzt. Weinend war sie mit ihrem

geschundenen Ritter abgezogen, der Stadt zu, in ein weniger nobles Lokal.

Wo war die Herrlichkeit der Tuchmachergesellen doch geblieben? Umsonst war ihre Revolte gegen den Dampfzug gewesen, den Mädchen bedienen konnten. Die einst so stolzen Gesellen wurden simple Arbeiter in den Tuchfabriken, die nicht mehr gegen die Fabrikanten aufkommen konnten. Nun wollte diese Gesellen, nach denen sich zu ihrer Zeit die Mädchen „gerissen“ hatten, niemand mehr haben; sie machten nur noch eine lächerliche Figur in ihrem alten Handwerkertost.

Bald waren auch die Mädchenjahre vergangen mit viel Arbeit und wenig Erholung. Dann hatte sie „ihm“ kennen und lieben gelernt und sie hatten sich geheiratet. Vorwürfe wegen des Heiratsgutes brauchten sie einander nicht zu machen, sie hatten beide gleich wenig. Aber sie arbeiteten beide. Dafür hatte sie immer gesorgt. Am Morgen nach der Hochzeit — es war ein Sonntag, auch im Mai — wollte ihr Mann sie überreden, doch heute wenigstens daheim zu bleiben. Den hatte sie aufgemuntert. Nichts da! Und wie immer standen sie beide in der Fabrik. So blieb es, bis die Kinder kamen. Dann tat sie Arbeit daheim. Es folgten schwermütige Zeiten, Mühsal und Leid und Leid und die Revolution von 1848. In ihrem Städtchen hatte man freilich wenig davon gehört. Nur von Berlin drang Kunde her, von der Straßenkämpfe, von dem Unruhtag des Königs und wie er hatte den Hut abziehen müssen vor den Gefallenen. Damals hatte man noch keine Aufführer in jeder Stadt, in jedem Dorf gar. Heute würde ja wohl eine Revolution anders aussehen wie damals, als die Arbeiter nicht lesen und schreiben konnten, 2½ Taler in der Woche verdienten und keine „Streitvereine“ hatten. Dafür zogen sie alle Jahre beim Quartalsfest mit Musik und Fahne durch die Stadt, schnorren die Meister um ein Geschenk an und schlügen sich zum Schlusse des Vergnügens die Köpfe blutig. Es war doch vieles, vieles besser geworden, seitdem sie jung war.

Eine Mandel Jahre lebten sie dahin, die letzte war schon 16 Jahre alt — „Jüngste“ waren freilich auch noch da —, bis zu einer Schredestnacht. Am 18. März 1861 war es! Da gellten die Glöden Sturm und die Radlmäher tuteten ins Horn, oben in der Johannesstraße brannte die Fabrik. „Johanne!“ hatte er gerufen, „horch, es brennt.“ Und hinaus war er aus dem warmen Bett, hinein in die Kleider. Er wollte den Taler verdienen, den die erhielten, die zuerst mit der Spritze an der Brandstelle waren. So war ihr Karl nun! Und sie hatte

nichts einzutragen. Bei vier Kindern und 3 Tälern Wochenlohn konnte man 1 Taler gut gebrauchen und die Familie würde sich auch in kürzer Zeit noch um ein Köpfchen vermehren.

Und dann kam der Morgen, der entsetzliche. Durch das Städtchen flog die Kunde, daß dort oben in der engen Gasse von einem stürzenden Giebel zehn Männer erschlagen worden seien. Unter den Trümmer lag auch ihr Mann. Ein Mauerstück hatte ihm das Genick abgeschlagen, den Kopf zertrümmert.

Und mit ihm hatte das Schicksal ihr bisheriges Lebensglück zertrümmert. Daran änderten die schönen Leidenschaften nichts, die die Herren Pastoren hielten. Nichts, daß sich die Öffentlichkeit für die Hinterbliebenen regte. Man sammelte eine Summe Geldes, auch der König Friedrich Wilhelm 4. gab 500 Taler, die Stadt stiftete den Erschlagenen einen Denkstein auf dem Friedhof, und die „begabten“ Kinder der Toten durften die Bürgerstufe umsonst besuchen.

Auch ihr Glaube an Gott war dahin. Wenn der, ohne dessen Willen kein Spiegel zur Erde fällt, es zugegeben hatte, daß zehn Familienbäder erschlagen wurden, dann konnte er kein Gott der Liebe, kein „Vater“ im Himmel sein. Und fortan hing sie der Lehre ähnlich an, des früheren Pastors von Sankt Katharinen in Magdeburg, des Begründers der freireligiösen Gemeinden. Kein Pfarrer überschritt mehr ihre Schwelle.

Mehr als 36 Jahre hatte sie ihren Mann nun überlebt. Jahre der Arbeit und der Sorge waren es. Sorgen mehr um ihre Kinder als um sich selbst. Wie die erste Hälfte ihres Lebens, vor auch die zweite voller Mühen und voller Leid und Gram. Stolz auf die Kraft ihrer Hände hatte sie geschafft und um niemandes Gnade gebettelt, bis sie ihr Augenlicht verlor. Nun war sie unruhig auf dieser Welt, sich und andern zur Last. Ein andres Geschlecht lebte, das sie nicht mehr verstand, unter dem sie fremd und einsam war. Wie lange noch?

Die Mittagsonne durchwärmte das Zimmerchen. Im Straßenstaub zwitscherten die Spatzen, auf dem Bahndamm brauste ein Zug in die Stadt, die Fabrikpfeifen gellten die Essenspause und fröhliche Kinder zogen lärmend unter den Fenstern entlang.

Aber Großmutter hörte nichts mehr, sie war still hinüber gegangen in das dunkle Reich der Schatten. Dorthin, wo es nicht zwei Klassen von Menschen gibt: die eine, die auf dem Platz schön und prächtig wohnt, und die andre, die an der Stadtmauer ums Leben ihr Leben lang betrogen wird, —

Kommision stellten, die wirklich Krank waren. Die Nachuntersuchungskommission, die die Tendenz hatte, die Sünden der Ärzte wieder gutzumachen, und die den eignen Standesgenossen nicht traut, schied fast alles gefund, was ihr vorgetragen wurde. So kam es, daß wirklich Kranken auch gegen den Willen des behandelnden Arztes für gesund erklärt wurden. Dies erzeugte natürlich Erbitterung. Bei der freien Arztwahl ordinierte nicht der Arzt, sondern der Patient. Die neuangestellten Ärzte wünschen hierfür interessante Beispiele anführen. Sie berichten, daß heute noch optimal Kassenpatienten an sie mit dem Verlangen herantreten, irgendein Stärkungsmitel zu verschreiben, ohne daß eine Untersuchung ihres Zustandes gewünscht wird. Dieses Verlangen begründen sie mit dem Hinweis darauf, daß ihnen bisher von den früheren Ärzten solche Wünsche anstandslos erfüllt worden seien. Eine Dame z. B. verlangte nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Kollegin, für die sie gleich einen Kassenschein mitbrachte, ein Stärkungsmittel. So ist es früher gemacht worden. Die früheren Ärzte haben vielleicht solche Wünsche bereitwillig erfüllt, weil sonst die Patienten zu einem andern Arzte ließen, der ihnen zu Willen war.

Verwenden wir die Anwendung aus diesen Ausführungen in unserem Schlusstext. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 20. April 1909.

Unter falscher Flagge. Der Chauffeur Ernst Kühn von hier, geboren 1871, mache sich dadurch der intellektuellen Unzufriedenheit schuldig, daß er sich am 26. November 1907 bei seiner Aufnahme im Gerichtsgefängnis einen falschen Namen beilegte und dadurch unrichtige Eintragungen in die Register veranlaßte. Die Strafammer verurteilte ihn deshalb zu 1 Woche Gefängnis. —

Herrenloses Blei. Die vorbestrafen Arbeiter Karl Blei, geboren 1878, und Karl Klemmer, geboren 1885, zu Solle a. S. nahmen im November 1908 aus dem Kugelsang der Schuhengilde wiederholt Geschöpfelei mit, das sie dann verkaufen. Das Gericht, vor dem sie nunmehr wegen Diebstahls standen, formte aus der Verhandlung nicht feststellen, daß das Blei einen Eigentümer gehabt habe und erkannte deswegen auf Freisprechung.

Gefährliche Jagerei. Der Arbeiter Otto Rannke, geboren 1887, der Maurer und Hausschlächter Wilhelm Beilage, geboren 1885, und der Arbeiter Joseph Goldmann, geboren 1879, zu Klein-Wanzleben wollten am 18. Oktober 1908 zu Menendorf trettieren und betraten unbefugt fremde Acker. Als der Jagdaufseher Künne sie absaute, weigerten sie sich, ihm zu folgen und leisteten Widerstand. Rannke und Beilage drohten auch mit ihren Stöcken. Die Angeklagten werden wegen der Übertretung zu je 15 Mark Geldstrafe ab 3 Tagen Haft ferner wegen des Widerstandes Rannke und Beilage zu je 6 Wochen Gefängnis, Goldmann zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. —

Mit dem Besenwickel. Der vorbestrafte Arbeiter Ludwig Grimm von hier, geboren 1877, geriet am 5. Dezember 1908 mit dem Arbeiter Siegel in Wörterwechsel und schlug ihn mit einem

Besenstiel auf den Kopf. Das Schöffengericht erkannte am 30. Januar d. J. wegen gefährlicher Körperverletzung auf 14 Tage Gefängnis. Die von dem Angeklagten eingegangene Berufung wird verworfen. —

Es ist fall diebstahl. Der Tischlergeselle Julius Drechsel zu Böhmen, geboren 1878, vorbestraft, öffnete am 1. Februar d. J. in der Wohnung des Tischlers Hildebrandtschen Chelente einen Schreibtisch und stahl daraus eine goldene Uhrkette mit Medaillon und ein Zigarettenetui. Die Kammer verurteilte ihn wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Fahrverlust. —

Gefreddeter Besuch. Die verschlechte Elise Markmann geb. Schneider von hier, geboren 1871, vorbestraft, wohnt Robben Nr. 7 und steht dort am 12. Februar d. J. dem Viehhändler Baars, der sie besuchte und eingeklopfen war, aus dem Mantel 110 Mark. Die Angeklagte wird wegen Rückfalldiebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt unter Anerkennung von 1 Monat Unterbringungshaft. —

In nicht öffentlich Sitzung wurde der Schlosser Emil Walter von hier, geboren 1871, wegen Sittlichkeitsverbrechens an seinen 12 und 13 Jahre alten Töchtern und wegen Rötigung der einen Tochter, nichts zu erzählen, angeklagt, aber nur wegen der Sittlichkeitsverbrechen schuldig befunden und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt unter Anerkennung von 1 Monat Unterbringungshaft. —

schwarzer Brote und auf täglich zwei Suppenrationen. Der Teppich samt der Bettdecke und dem Polster wird aufgerollt, ein halber Kürbis zur Aufnahme der Talgölze als Leuchter improvisiert, der irideen Wassertrug in den Winkel gestellt, und der moslemische Student ist fertig. —

* Der Entoncas-Chor. Wir lesen in einer Sängergesetzung die folgende schöne Anzeige: "Von Kreubers Weihlied „Das ist der Tag des Herrn“, eine Ausgabe für Männerchor mit neuen Worten in 6 Strophen, angepaßt den verschiedenen Volksminnen im Sängerleben (Preis der Partitur 1 Mark, jeder Stimme 0,20 Mark), und zwar ist geeignet: Strophe 1 für allgemeine kirchliche Feierlichkeiten, Strophe 2 für patriotische Anlässe, Strophe 3 für Sängerfreunde usw., Strophe 4 für Kinderweinen, Strophe 5 für Geburtstage, Strophe 6 für Trauungen, Silberne und goldene Hochzeiten. Alle diese Strophen sind in der einen Ausgabe vereinigt, jeder Männergesangverein sollte die einmaligen, geringen Aufschaffungskosten nicht scheuen und sich diese passenden Texte zu eigen machen, um so weihewoller wird dann Kreubers wunderolle Melodie wirken. Probepartituren dieser vortrefflichen Männerhöre sowie auch Verzeichnisse über Frauen- und gemischte Chöre läßt jede Buch- und Musikalienhandlung und, wo nicht erhältlich, die Verlagshandlung Friedrich Hofmeister in Leipzig." — Es ist also erreicht! Natürlich wird man, so meint der „Kunstwart“, bei jenen Strophen nicht stehenbleiben, denn was hindert uns, weitere 6, 12, 100, 500 Strophen zu dichten für Kindertauern, Begegnungen, Ausmärsche, für Wein-, Bier- und Schnapsgelage oder für Abstinente, für Soldaten, Statzenmusiken, für Automobil- und Luftfahrten, für Bürgermeisterwahl, für Kriegervereiner, für die Feuerwehr, für Landwirte, für Soldaten usw. Dann hat das deutsche Volk seinen "Chor für alle Fälle", dann sind wir von der Ewig bis an den Welt geistig geeinigt und doch zugleich aufs feinste differenziert. Es ist klar: alle andern Chöre werden durch diese überflüssig. Darum: Der Verlag Hofmeister in Leipzig hurra, hurra, hurra!

* Gold aus Badesteinen. Eine Korrespondenz entnehmen wir folgende Mitteilung aus der Stadt Guanajuato in Mexiko: "Man hat hier die überraschende Entdeckung gemacht, daß die Häuser unserer Stadt einen reichen Goldgehalt aufweisen. Guanajuato ist eine der ältesten Minenstädte Mexicos, aber den Wert der Stadt an sich hat erst die jüngste Zeit offenbart, als eine Eisenbahngesellschaft den Entschluß faßte, in Guanajuato ein Stationsgebäude zu errichten. Es ergab sich die Notwendigkeit, eine Anzahl Häuser niedergezureißen, die in früherer Zeit aus Badesteinen errichtet worden waren. Zur Herstellung dieser Badesteine hatte man seinerzeit die aus den Minen stammenden Stein- und Sandsteine verwendet, nachdem ihr Erzgehalt verwertet worden war. Als man zum Abbruch der Häuser schritt, gab man einige Schuttstücke zur Untersuchung in das Laboratorium. Dabei stellte sich heraus, daß dieser Schutt einen Goldgehalt von 12 bis nehezu 100 Mark für die Tonnen aufwies, durchschnittlich 32 Mark pro 1000 Kilo. Die Ursache dieses reichen Goldgehalts liegt in der Unvollkommenheit der früheren Mittel, mit denen die aus den Minen geförderten Massen bearbeitet wurden und bei denen viel Gold und Silber verloren ging. Mit Hilfe des neuen Verfahrens hat man den Schutt der abgerissenen Häusergruppen bearbeitet und dabei für nicht weniger als 120 000 Mark Gold gewonnen." Bei der Lektüre dieses bemerkenswerten Berichts wird man sich gewiß daran erinnern, daß Städte von so interessanter Beschaffenheit wie Guanajuato auch in Amerika zu liegen pflegen. —

Lange & Münzer

Breitweg 51a

Letzte
Frühjahrs-Neuheiten

Besonders
billiges Angebot!



195
M.

Bluse aus weißem Seidenmull, halb frei, Ausschnitt und Ärmel mit Spaghettileinen reich garniert, Borderteil in Sämmchen

325
M.

Bluse aus weißem Seidenmull, Borderteil reich mit Späderi und Spitzen garniert, sehr elegant

400
M.

Bluse aus weichem Seidenmull, Borderteil ganz aus Späderi und Satinatess - Spitzen, mit Tüllstoff

490
M.

Bluse aus weichem Seidenmull mit freitem Späderi - Spitzen längs garniert und westenartig verarbeitet

275
M.

Bluse aus imitiert Elanstoff, Borderteil mit Spädermotiv, Ärmel quer gestreift verarbeitet

325
M.

Bluse aus imitiert Elanstoff, Borderteil mit farbigem Vorstoß und Späderplaque reich garniert, wie Abbildung

650
M.

Bluse aus imitiert Elan, ganz gesäumt, Borderteil und Ärmel reich mit Bandschleifen durchzogen und Schleifen garniert

425
M.

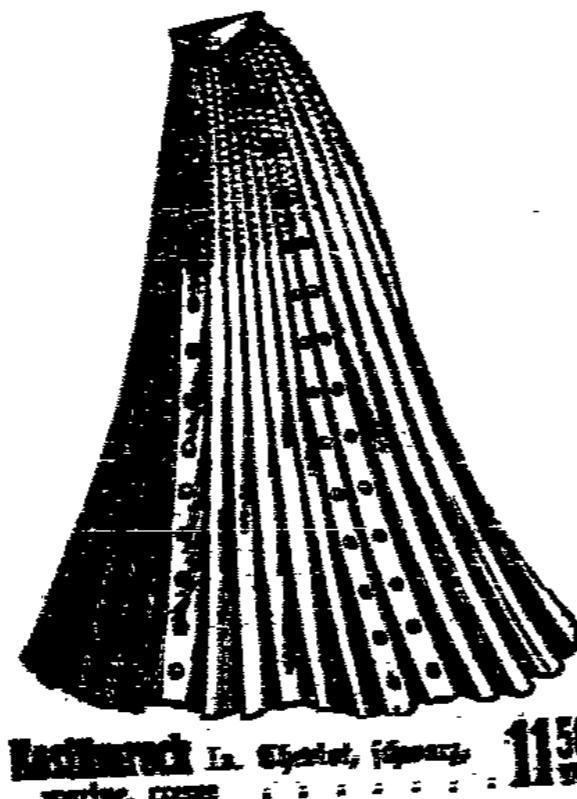
Eine Posten-Bluse ganz gefüllt, Wollmässlin-Borderteil mit Späder und Rüsche, Krägen und Ärmel in Sämmchen u. Rüsche garniert



Kostümröcke

Überg. marine und läßig.
Borderteil mit eingekleideten Blättern und Blüten bestreut

→ 325
M.



Kostümröcke

in farbigen Zwischenstoffen,
ringförmig mit liegelegten Falten,
2 mal mit Blenden bestreut

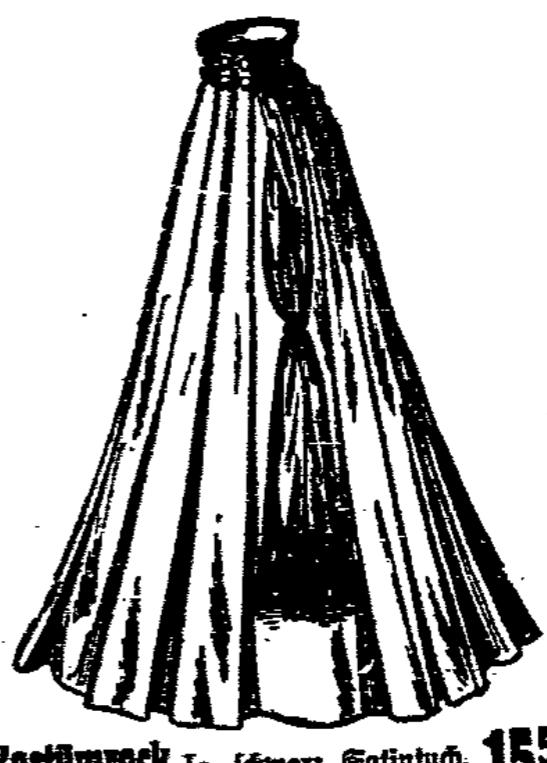
→ 550
M.

Kostümröcke

hochgeblümte Niederform, a. Ober-

zwischenstoff, mit auspringend. Falten

→ 625
M.



Kostümrock I. schwarz Satinflock, 1550
mit Schlepprock und Schärpe

Kostümröcke

marie Thébaut,
mit Hohlnaht und Knöpfen garniert

→ 650
M.

Kostümröcke

Niederform, m. Gürtel, Gallenstoffen,
in farbigen Kostümstoffen

→ 825
M.

Bezugsquellen-Verzeichnis



Erscheint 3 mal
wöchentlich

Der Arbeitsaufwand bei
Einkäufen zur Beschaf-
fung empfohlen!



Abzahlungsgeschäfte.

Auf Credit.
Möbel, Betten, Polster-
waren
größt. Geschäft dies. Art a. Platze
S. OSSWALD

Warenkreditgeschäft,
Magdeburg, alte Ulrichstr. 14.

Haben Sie Bedarf in
Möbel oder Konfektion
kein Geld
dann wenden Sie sich schnellstens
an das

Kredithaus
Herm. Liebau

Inh.: J. Wangenheim

Breiter Weg 1271, eite Schröderstr.

Sieverling, H., Jacobstr. 17, I.

Alkoholfreie Getränke.

Schulz, O., Min.-W., Ottenbergstr. 23.

Trinkt Bestes alkoholfreies Er-

Bilz frischungsgetränk.

C. F. Schultze

Auktionsgeschäfte.

Annahme v. Gegenst. all. Art z. öff.

Versteig. **B. Wolff, Schwerterg. Str. 14**

täglich

V. morg. 7—8 Uhr abd. f. d. Verk. v.

Schuhw. Hrr.-Kb. u. Arb.-Grd. statt

Bäckerel u. Konditoreien.

Bestehorn, R., Knochenhauerufer 23.

Bodeburg, Ernst, Fermersleben.

Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Ebert, Friedr., Charlottenstr. 18.

Eggert, H., Neuhausenloher Str. 43

Enders, M., Endelstr. 15.

Fehlhauer, Immermannstr. 14.

Fricke, H., Sud., Halberst. Str. 41.

Gampe, Herm., Fermersleben.

Günther, H., Neuhausenstr. 15.

Hartmann, Frz., Weinberg 40.

Heising, C., Ottenbergstr. 17.

Hienzsch, Bernh., Sudenb. Str. 7.

Hosse, Max., Benneckenbeck.

Jahn, Hermann, Fermersleben.

Klee, C. F., Sudenburger Str. 15.

Köhler, Karl, Schönebeckerstr. 38.

Konnecke, Fermersleben, Weststr. 13

Kruske, Gust., Salbe.

Krybus, Franz, Kurfürstenstr. 24.

Kühne, G., Gr. Diesdorfer Str. 34.

Künne, Paul, Alt. Fischerufer 43.

Ladieke, Walter, Neue Str. 13.

Maaßberg, H., Sud., Halb. Str. 67.

Machemehl, C., Schönebeck. Str. 99.

Markworth, O., Sieverstorstr. 1.

Meier, Friedr., St. Michaelstr. 42.

Meyer, Wilh., Grünstr. 14a.

Müller, P., N. Alexanderstr. 16.

Neumann, Herm., Moritzplatz 2.

Niemann, Gustav, Salbe.

Prellberg, Fr., Martinstr. 21.

Radestock, Paul, Jacobstr. 15.

Rosenplenter, Alw., Olvenstedt.

Sauer, Ad., Lemsdorfer Weg 17.

Schaper, Gustav, Fermersleben.

Schulze, H., Neustädter Str. 22.

Schucker, Otto, Schöneb. Str. 113.

Seidel, Karl, Moldenstr. 51.

Stridde, W., Lemsd. Buck. Str. 20.

Warnecke, C., Ottenbergstr. 29.

Wiedenbach, W., Sieverstorstr. 21.

Bier-Brauerel.

Debort, M., Vertr. d. Kloster-Brau-

Debort, M., erci. Fermersleben G.m.b. H., ff. hell u. dunkle Biere i. Geb.

u. Fl. Tel. 2002. Fürstenau 24.

Eggert, A., Spezialität: Caramell-

Malz-Bier.

Halberstädter Bier-Brauerel-A.-G.

Räthel, H. (A. Müller), Friedr.str. 6a.

Schmid, A., Burg, Grünstr.

Zimmermann, Nacht., Halberst.

Bierhandlungen.

Arpe, Andreas, Thiemstrasse 4.

Büte, Andreas, Thiemstrasse 4.

Brikett u. Grudekoks.

Beinhof, R., Halberstädter Str. 20.

Eigenwillig, W., Schöneb. Str. 3.

TREUER

Möhring, Heinr., Fürstenau 24.

Bitteroth, H., Gr. Weinhostr. 19.

Butterhandlungen.

Bodenstedt, L., Dreiennbzelstr. 2.

Geißler, R., Buck., Schöneb. Str. 26

Schmidt, M., Hohe-Pforte-Str. 66.

Cacao, Chokolade, Tee.

Böhme, Karl, Mittagstrasse 22.

Behrend, Karl, Zuckerwarenfabrik.

Haeuber, Ad., Nach., M. Buckau.

Heinrich, M., Burg.

Hoffmann, A., Neustädter Str. 34.

Zuckerwaren en gros, en det.

Klingenberg, Hermann M.-Neustadt.

Schokoladen-

u. Zuckerwarenfabr. 60 Filialen in

vielen Städten Deutschlands.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Cigarren-Handlung.

Beckurs, C. Sud., Halbst. Str. 30a.

Beier, E., Sud., Kurfürstenstr. 25.

Beling, G., Sud., Halberst. Str. 58.

Bindernagel, C. Sud., Hibrst. 127a.

Böhlecke, Paul, Faßlochberg 1.

Büchner, Paul, Aschersleben.

Buchmann, Emma, Tischlerg. Str. 27/28.

Clemens, G., Schöneb., Salztor 9.

Kokold, I., Tischlerkrugstr. 15.

Ehrhardt, Otto, Brüderstr. 11.

Feldt, Ernst, Agnetenstr. 8.

Abzahlungsgeschäfte.

Auf Credit.

Möbel, Betten, Polster-

Waren

größt. Geschäft dies. Art a. Platze

S. OSSWALD

Warenkreditgeschäft,

Magdeburg, alte Ulrichstr. 14.

Haben Sie Bedarf in

Möbel oder Konfektion

kein Geld

dann wenden Sie sich schnellstens

an das

Kredithaus

Herm. Liebau

Inh.: J. Wangenheim

Breiter Weg 1271, eite Schröderstr.

Sieverling, H., Jacobstr. 17, I.

Alkoholfreie Getränke.

Schulz, O., Min.-W., Ottenbergstr. 23.

Trinkt Bestes alkoholfreies Er-

Bilz frischungsgetränk.

C. F. Schultze

Auktionsgeschäfte.

Annahme v. Gegenst. all. Art z. öff.

Versteig. **B. Wolff, Schwerterg. Str. 14**

täglich

V. morg. 7—8 Uhr abd. f. d. Verk. v.

Schuhw. Hrr.-Kb. u. Arb.-Grd. statt

Bäckerel u. Konditoreien.

Bestehorn, R., Knochenhauerufer 23.

Bodeburg, Ernst, Fermersleben.

Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Ebert, Friedr., Charlottenstr. 18.

Eggert, H., Neuhausenloher Str. 43

Enders, M., Endelstr. 15.

Fehlhauer, Immermannstr. 14.

Fricke, H., Sud., Halberst. Str. 41.

Gampe, Herm., Fermersleben.

Günther, H., Neuhausenstr. 15.

Hartmann, Frz., Weinberg 40.

Heising, C., Ottenbergstr. 17.

Hienzsch, Bernh., Sudenb. Str. 7.

Hosse, Max., Benneckenbeck.

Jahn, Hermann, Fermersleben.

Klee, C. F., Sudenburger Str. 15.

Köhler, Karl, Schönebeckerstr. 38.

Konnecke, Fermersleben, Weststr. 13

Kruske, Gust., Salbe.

Krybus, Franz, Kurfürstenstr. 24.

Kühne, G., Gr. Diesdorfer Str. 34.

Künne, Paul, Alt. Fischerufer 43.

Ladieke, Walter, Neue Str. 13.

Maaßberg, H., Sud., Halb. Str. 67.

</

Pfennig-Woche

Beginn Sonnabend, den 24. April

Gebr. Barasch Magdeburg

In dieser Woche bieten wir in allen Abteilungen etwas ganz außergewöhnliches.

Leihhaus

4014 P. Oelssner
Nr. 2 Leiterstraße Nr. 2

beleibt
alle Wertgegenstände

Pfand-Versteigerung

Am Freitag den 23. April,
von nachmittags 2 Uhr an, sollen in
meinem Geschäftsräum 4594

Leiterstr. 2, die vom 1. Mai bis Ende

Juni 1908 verpfändeten bzw.

erneuerten und bereits verfallenen

sob Mr. 12839 bis 15259

meines Pfandbuches bezeichneten

Gegenstände durch den vereidigten

Antonius Herrn Steensthal öffent-

lich aufwändig versteigert werden.

P. Oelssner.

Genehmigung nur bis Don-

nerstag den 22. April, abends

8 Uhr.

Standesamt.

Magdeburg-Altestadt, 20. April.

Aufgebote: Lehrer Otto

Birmann mit Helene Berger.

Eisenbahnmacher Gustav Möller hier mit

Berta Kühlwein in Schkeuditz.

Arb. Otto Döbel mit Berta Wund-

ke. Schreiner Kurt Göpel hier mit

Berta, geb. in Stein-Eichensee.

Kellner Walter Schröder mit Helene

Behrens in Burg.

Widmungskleidermeister Karl Hug in Diesdorf mit Überline

Wilhelmine Domke in Beendorf.

Hechtlungen: Schreiner

Karl Barthel mit Pauline Berg.

Weißgerbermeister Richard Moders

mit Anna Siebel.

Rechtschreiber Bernhard

Robert Gutschmidt mit Else Rothmair.

Spediteur Alfred Hause mit Frieda

Bohm.

Sergeant Otto Beyer mit

Anna Müller.

Kaufmann Wilhelm

Höhlhoff mit Auguste Beretti.

Gebärtner: Glas, L. des Bahn-

arbeiter Friedl. Arb. Schulz,

des Möbelmöllers Karl Brügel.

Else, L. des Kämm. Hugo Berthel.

Haus, S. des Arb. Gottfr. Johann

Siebel. Anna, L. des Bahnarbeiter

Dießmann.

Todesfälle: Schuhmacher

Wilh. Ulrich, 77 J. 5 M. 192

Brückmann Herm. Boigt, 74 J. 8 M.

29 E. Böse Wilhelmine Schmid,

geb. Schneider, 74 J. 7 M. 10 2

Arb. Carl Sieb, 67 J. 6 M. 19 2

Therap. Beyer, unverheir. 65 J. 9 M.

18 E. Arbeiter Anna Spandau,

25 J. 4 M. 18 E. Gugan, S. des

Arb. Gugan, 51 J. 5 M. 23 2

Endenburg, 20. April.

Aufgebote: Arbeiter Wilhelm

Otto Braun mit Anna Emma Sophie

Gernhöfel. Schreiner Gustav Paul

Döberecker mit Helene Auguste

Gumm. Therap. Sophie Heinr. Carl

Reimann mit Dorothy Schmid.

Hechtlungen: Schreiner

Georgius Bahrmeier mit Frieda

Brinckhoff.

Therap. Otto Philipp mit

Sophie Krause hier.

Schreiner Carl Schmid mit Maria

Wittig.

Gebärtner: Paul Schröder, S. des

Arbeiters Gustav Schmid.

Gebärtner: Paul Schröder, S. des

Arbeiters Gustav Schmid.

Endenburg, 20. April.

Hechtlungen: Polizei-

kommissar Wilhelm Weißbach, S. des

Arbeiters Gustav hier.

Schreiner Carl Joseph und Maria

Wittig.

Gebärtner: Paul Schröder, S. des

Arbeiters Gustav Schmid.

Gebärtner: Paul Schröder, S. des

